KAIS.WILH.-BIBL. POSEN.
18 JUN 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 23.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 3. bis 9. Juni 1910.

Posen, den 14. Juni 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 125 des Lech (Gnesen)
vom 5. Juni 1910:

Die polnische Fraktion und die Erhöhung der Zivilliste.

Wir brachten gestern die Mitteilungen des Preßbureaus, nach welchen beim Ministerpräsidenten eine Beratung der Vorsitzenden der Fraktionen in Sachen der Erhöhung der Zivilliste stattgefunden hat. Die deutschen Zeitungen teilen mit, die Regierung habe nur die kleine Fraktion der Sozialdemokraten in ihre Absichten nicht eingeweiht. Daraus geht hervor, daß zu jenen Beratungen beim Minister auch Vertreter der polnischen Fraktion zugegen waren. Das Preßbureau erachtete es nicht für angebracht, diese Sache aufzuklären. Nach unserer Meinung müßte die Fraktion entschieden gegen die Erhöhung der Zivilliste, des Gehalts des Königs, auftreten, der die polnischen Bürger nicht ebenso behandelt wie die anderer Nationalität, der seine Unterschrift hergab unter alle und die allerschlimmsten antipolnischen Gesetze. Die Polen haben also nicht die geringste Veranlassung, gegen den preußischen König irgend welche Rücksichten zu üben.

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1910:

Die Gründung des polnischen Nationalbundes.

Gestern trat im Bazarsaale infolge schriftlicher persönlicher, vom vorbereitenden Komitee versandter Einladungen im geschlossenen Zirkel eine Reihe von Männern aus Posen und aus der Provinz zusammen. Die Versammlung eröffnete Herr Professor Stanislaus v. Karwowski mit etwa folgenden Worten:

Verehrte Herren!

Vom vorbereitenden Komitee zur Eröffnung der heutigen Versammlung aufgefordert, habe ich die Ehre, Sie zu begrüßen und Ihnen für Ihr Erscheinen zu danken.

Um eine wichtige Sache handelt es sich, nämlich um die Gründung einer neuen parteilosen politischen Organisation.

In unabhängigen Staaten können politische Parteien mit einem ausgeprägten Parteiprogramm ohne Schaden für das Ganze bestehen; denn über ihnen steht die Regierung mit ihrem ganzen militärischen und Zivilapparat auf der Wacht der allgemeinen, allen gemeinsamen Interessen. Unter solchen Verhältnissen sind politische Parteien nicht nur nicht schädlich, sondern sie tragen im Gegenteil zur Entwickelung und zum Fortschritt des Staates bei.

Anders verhält sich die Sache mit einer Volksgemeinschaft, die der politischen Selbständigkeit beraubt und zu einem beständigen, unaufhörlichen, schweren Kampfe nicht nur um die nationale, sondern auch um die wirtschaftliche Existenz verurteilt ist. Für eine solche Volksgemeinschaft sind Parteien gefährlich; denn indem sie Standes- und Parteigegensätze entfachen und Uneinigkeit und Erbitterung hervorrufen, schwächen sie die Widerstandskraft nach außen hin; denn nur dann ist eine Volksgemeinschaft stark, wenn sie einträchtig ist. Grade Zwietracht hat uns der politischen Unabhängigkeit beraubt, Uneinigkeit machte alle Bestrebungen, die auf ihre Wiedergewinnung abzielten, vergeblich.

Wenn die Parteien noch soviel politische Reife und soviel Nationalgefühl hätten, um gegebenenfalls das Partei- dem allgemeinen Interesse unterzuordnen, so wäre es nicht schlimm. Aber jede Partei strebt danach, die herrschende zu werden, und es waltet die Gefahr ob, daß sie in parteiischer Verbissenheit im kritischen Moment die nationale Solidarität bricht, die jeder verständige Vaterlandsfreund für das fundamentale Gesetz, ihren Bruch dagegen für eine schwere Sünde gegen die Nation ansieht.

Sind uns übrigens, wie manche sagen, Parteien tatsächlich dringend nötig?

In unserer Lage haben wir alle, welchen Standes und welcher politischen Überzeugung wir auch sind, ein Ziel klar vorgesteckt vor uns. Es ist dies die Verteidigung unserer bedrohten nationalen und wirtschaftlichen Existenz. Da nun die Wirksamkeit dieser Verteidigung von der Tüchtigkeit, Trefflichkeit und vom Zusammenhalten aller Stände abhängt, so sollten wir uns gegenseitig unterstützen, gegenseitig verständigen und in nationalen Angelegenheiten Hand in Hand gehen. Die traurigen Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß unser Solidaritätsgefühl noch nicht genügend ausgebildet ist, daß zersetzende Bestrebungen unter uns wühlen, daß wir die von uns selbst eingesetzten Wahlbehörden nicht zu achten, ihnen nicht zu gehorchen wissen, wie es sich gehört. Dazu haben sich die Verhältnisse bei uns so gestaltet, daß viele ehrenwerte und verständige Bürger sich unwillig von der aktiven Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zurückgezogen haben, und an ihre Stelle haben sich auf den Schauplatz Faktoren hervorgedrängt, die weder das

allgemeine Vertrauen, noch entsprechende Qualifikationen besitzen, um die Nation zu führen.

Aus diesen Gründen hat ein Kreis von wohlgesinnten Leuten beschlossen, einen parteilosen Nationalbund auf polnischer und katholischer Grundlage zu gründen. Dieser Bund soll sich nicht in die engen Rahmen irgendeines politischen Dogmas einschließen, sondern er soll unter Vereinigung aller Stände und aller politischen Schattierungen unter der Losung des Gemeinwohls das Bürgergefühl wecken, eine gesunde öffentliche Meinung herausbilden und Planmäßigkeit und Ordnung, die nationale Solidarität und den Gehorsam gegenüber unseren legalen Wahlbehörden wahren.

Zu diesem Zwecke hat das vorbereitende Komitee Satzungen abgefaßt, die wir Ihnen heut zur Bestätigung vorlegen.

Sodann wurde Herr **Kasimir v. Chlapowski**-Kopaszewo ersucht, die Leitung der Versammlung zu übernehmen. Er nahm die Wahl mit folgenden Worten an:

Ich danke sehr für das Vertrauen, mit welchem Sie mich bedenken, indem Sie mir den Vorsitz in der heutigen Versammlung anvertrauen. Ich nehme diese Ehre und diese Pflicht an; denn ich weiß, daß diese Versammlung sich aus Leuten zusammensetzt, welche mit gutem und reinem Willen ein Werk der Eintracht, ein Werk der Verbrüderung beginnen wollen. Nicht hat uns der Gedanke hergerufen, im Lande eine neue Partei zu gründen, noch wollen wir neue Losungen ausgeben. Der Gedanke hat uns versammelt, die durch die letzten Vorkommnisse leider zugefügten Wunden zu heilen. Ich werde von ihnen nicht sprechen, noch sie berühren; denn wir wollen nicht reizen, sondern versöhnen. Wir haben uns das alte Programm der nationalen Arbeit gestellt. Die polnische Nation ist katholisch; sie hängt heiß an der Kirche, und die Liebe zum Vaterlande ist durch die Entwickelung unserer Geschichte mit der Treue der Kirche gegenüber verbunden. Nur im Namen der vereinigten polnischen und katholischen Losungen kann man sich an die breiten Massen der Volksgemeinschaft wenden.

Man stößt manchmal auf die Ansicht, daß die Anhänglichkeit an die Kirche der Kraft des nationalen Empfindens nachteilig sein könne, daß das lebendige Durchdrungensein von den Geschicken der Kirche Herz und Gemüt von den vaterländischen Angelegenheiten abwende. Aber im Menschenherzen schließen sich höhere und edle Empfindungen gegenseitig nicht aus, im Gegenteil, sie stützen und stärken sich. Die Anhänglichkeit und Treue gegenüber der göttlichen Einrichtung verleiht Beständigkeit und hebt die Kraft, alle weltlichen Pflichten zu erfüllen, also zur Treue gegenüber der vornehmsten der Pflichten, der Vaterlandsliebe. Aber ich werde diesen Zweifel am stärksten beseitigen, indem ich die heißen Worte anführe, welche der heilige Vater gelegentlich der Feier der Seligsprechung der Jungfrau von Orleans in der St. Petruskirche an die versammelten französischen Pilger gerichtet hat:

„Man schleudert auf euch öffentliche Verachtung, man nennt euch Feinde des Vaterlandes. Es ist das eine Verleumdung, die man nur mit Gottes Gnade verzeihen kann. Es gibt für eure Ehre und für den Glauben keine größere Beschimpfung; denn wenn der Katholizismus der Feind des Vaterlandes wäre, so wäre er keine göttliche Religion. Nicht nur der Liebe, sondern auch des Enthusiasmus würdig ist das Vaterland, dessen heiliger Name alle Saiten in unseren Herzen anschlägt und die teuersten Erinnerungen weckt. Es ist das Land, in welchem unsere Wiege stand, mit dem uns Bande des Bluts, Gemeinsamkeit des Empfindens und die noch edlere Gemeinsamkeit der Tradition verbinden. Die Liebe zum Heimatlande, diese brüderlichen Bande der Vaterlandsliebe bestehen zwar in allen Ländern; aber sie blühen da stärker auf, wo das irdische Vaterland verbunden ist mit dem zweiten, wo das irdische Vaterland die sichtbare Welt umfaßt und die über der Erde errichtete Welt der katholischen Kirche."

Noch einen anderen Vorwurf wolle man mir zu berühren gestatten: daß Augenblicke kommen können, in denen das Interesse der Kirche und das Interesse der Nation in Widerspruch stehen können.

Widersprüche zwischen den Interessen der Kirche und denen einer katholischen Nation wird es nie geben. Es gibt nur eine Wahrheit und beide Sachen dienen der Wahrheit, und sie sind auf die Wahrheit gestützt. Es können momentane Mißverständnisse eintreten — die Diener der Kirche können irren, und sogar hohe Würdenträger können eine Lage falsch auffassen, eine oder die andere Sache anders beurteilen. Daraus können augenblickliche Konflikte entstehen. Aber die Kirche selbst trat stets für die Wahrheit, für die Gerechtigkeit ein. Sie war zu allen Zeiten der Schild und der Hafen der Schwachen und Bedrückten.

Der Glaube an die Mission der Kirche als der Wächterin und Schaffnerin der urewigen Wahrheit, die sowohl die einzelnen Menschen als auch die Völker gesunden macht und zum Heile führt, muß die Überzeugung und das Vertrauen stärken, daß eine Nation nicht untergehen kann, die aus diesem reinen Quell die Kraft zur Ausdauer und zur Erfüllung der Pflichten schöpfen wird.

Vor 30 Jahren haben wir die zehn Jahre des Kulturkampfs unter der einigen nationalen Standarte überdauert. Damals hat unsere wackere Geistlichkeit sich nicht wanken machen lassen. Sie hat heldenhaft materielle Verluste, Gefängnis und Verbannung ertragen und auf der Wacht der Rechte der Nation und der Kirche gestanden.

Heut, wo der Kampf, wenngleich anders geführt, aber um dieselben Güter tobt, wollen wir die wohlgesinnten aller Stände zur Arbeit unter der alten Standarte aufrufen, unter welcher wir bis in die letzten Zeiten über ein halbes Jahrhundert lang in Zucht und Eintracht einherschritten. Obgleich es manchmal Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, so sind sie verstummt in den Augenblicken des Kampfes; da standen wir stets in einer geschlossenen Reihe, und die Solidarität war unsere Losung.

Zu Stellvertretern des Verhandlungsleiters wurden berufen die Herren Kammerherr **v. Jackowski**-Wronczyn und **Telesphor Otmianowski**-Posen, zu Schriftführern die Herren **Valerian Lebinski** und Rechtsanwalt Dr. **Celichowski**-Posen, zu Beisitzern die Herren Chmielewski, Habel, Glowinski, Witkowski, Kozuszkiewicz, Sworowski, Dobry, Slusarek, Miklaszewski, Bartoszewski, Powidzki und Maciejewski.

Herr v. Chlapowski gab sodann das Programm der heutigen Beratungen bekannt.

Herr Kammerherr **v. Jackowski** erklärte, er nehme das Amt des stellvertretenden Verhandlungsleiters gern an. Er freue sich dieser Ehre und hebe anerkennend hervor, daß der Herr Vorsitzende den katholischen Charakter des zu begründenden Nationalbundes so deutlich gekennzeichnet habe. Es sei das eine Bürgschaft dafür, daß diese unsere neue Organisation niemanden bedrücken werde, denn unsere Religion bedrücke nicht nur niemanden, sondern sie trete überall und immer für die Bedrückten ein.

Sodann hielt Herr Rechtsanwalt **v. Drwenski**-Posen ein Referat über unsere Lage:

Vor einigen Wochen erschien der Aufruf des Nationalbundes. Von diesem Augenblicke an vollzog sich in den Spalten der Blätter eine lebhafte Diskussion

über den Bund, seine Ziele und sein Programm, über die Möglichkeit der Gründung parteiloser Organisationen. Diese Diskussion haben die Initiatoren des Bundes absichtlich begonnen. Wir treten nämlich heute an eine sehr wichtige, öffentliche Angelegenheit heran. Die Initiatoren des Bundes wollten nicht im Kreise einiger oder zehn und einiger eingeladener Personen über sie urteilen. Sie wollten die Sache der öffentlichen Kritik unterwerfen, und darum trete ich auch heute vor Sie, um meine Ansicht über die Volksgemeinschaft und über die Ziele auszusprechen, denen wir zuzustreben beabsichtigen, sowie über die Mittel, die uns zum Ziele führen sollen.

Wir sind eine neuzeitige Volksgemeinschaft, und als solche machen wir die gleichen Erscheinungen durch, wie andere moderne Volksgemeinschaften. Die Zeiten, in denen politische Parteien um rechtlich staatliche Ideale kämpften, sind vorüber. Es waren das die Zeiten, wo die der Hand eines absoluten Monarchen neu entgangenen Nationen sich die Formen einer staatlichen Existenz formten. Heute sind aus diesen Zeiten nur die Namen der Parteien übriggeblieben, die schon einen ganz anderen Charakter haben. Heute sind die Völker in soziale Gruppen zerfallen, die um ihre eigenen Interessen kämpfen, und die heutigen politischen Parteien sind die Vertreter dieser Interessen.

Bei uns stoßen wir auf dieselbe Erscheinung. Wer auf die Volksgemeinschaft schaut, der bedarf keiner Beweise. Ich rufe den Herren nur den Verlauf der letzten Wahlen in Erinnerung, ich erinnere Sie daran, daß man die Losung aufgeworfen hat, einen Arbeiter zum Abgeordneten zu wählen, und daß man sich mit dieser Losung an die Arbeiter gewendet hat. Man appellierte also in dem politischen Kampfe an die Arbeiter nicht im Namen der Nationalität, sondern im Namen seiner Kastenzugehörigkeit. Und diese Reden und Zurufe in den Wahlversammlungen: Hoch die Arbeiter! Brüder Arbeiter! Hoch die Volkssache! — Die Agitatoren und Redner suchten instinktiv Losungen, welche die Massen hinrissen, und die gewählten Parolen erwiesen sich als mächtig. Es war das ein politischer Kampf auf sozialem Boden. Darin liegt der Beweis dafür, daß es heut keine parteipolitischen Losungen gibt, welche die Leute hinrissen. Es ist auch bei uns eine Epoche der Interessenpolitik eingetreten. Die Volksgemeinschaft beginnt in soziale Lager zu zerfallen, welche sich zugleich politisch absondern.

Dieser Entwickelung kann man sich nicht entgegenstellen. Es ist das bei uns eine notwendige und unvermeidliche Entwickelung, um so mehr, als sie sich neben uns in der deutschen Volksgemeinschaft endgültig vollzogen hat. Aber diese Entwickelung stellt uns vor ein neues Problem: Wie ist aus diesen zersplitterten sozialen und politischen Lagern ein ebenmäßiges nationales Ganzes zu schaffen?

Darüber, was Nationalität ist, hat man in den letzten Zeiten sehr viel geschrieben, und alle sind darin einig, daß das ethnographische, sprachliche Bindeglied noch nicht Nationalität ist. Volksstämme, die außer der Sprache nichts verband, haben in der Berührung mit einer fremden Kultur ihre nationale Sonderstellung eingebüßt. Die Nationalität ist auch ein moralischer Faktor, sie ist das Bewußtsein des Einzelnen, daß er einem nationalen Organismus angehört, daß die historische Vergangenheit der Nation auch ihre Vergangenheit ist, und vor allem, daß es im gegenwärtigen Moment gemeinsame große Interessen der Gesamtnation gibt, die der Einzelne für seine eigenen ansieht, auf welche er seinen Egoismus ausdehnt. Heut haben wir keine Organisation, welche diese gemeinsamen Interessen der ganzen Volksgemeinschaft aussonderte und uns zum Bewußtsein brächte. Diese Aufgabe soll der Bund übernehmen. Er wird jeder sozialen Gruppe, die ein besonderes Lager bildet, zeigen, daß sie nicht nur an ihre eigenen Angelegenheiten zu denken hat, sondern daß es ihre Pflicht ist, sich um jede andere Schicht der Volksgemeinschaft zu kümmern. Zunächst schon im wirtschaftlichen Interesse; denn die eine Volksschicht lebt von der anderen, und ferner auch im Interesse der Erhaltung der Nationalität. Der gegenseitige Kampf der Gesellschaftsschichten bedroht die Arbeitersphären mit dem Verlust der nationalen Kultur, die sie nur von der Intelligenz schöpfen können, und die am meisten dem Germanisierungsdruck ausgesetzte Intelligenz kann, indem sie sich zwischen zwei Feuer genommen sieht, allmählich in nationaler Hinsicht gleichgiltig werden.

In dem Wunsche, die Volksgemeinschaft zusammenzuschließen, werden wir danach trachten, politische Mißverständnisse zu beseitigen. Ich sage „Mißverständnisse"; denn wahre politische Differenzen gibt es unter uns sehr wenige. Die Möglichkeit, äußere Politik zu treiben, ist bei uns so gering, daß auf diesem Hintergrunde zahlreiche und große Kontraste nicht erwachsen können. Aber es sind Mißverständnisse vorhanden, da wir uns nicht kennen. Unsere Volksgemeinschaft bietet ein solches Bild, daß jedes soziale Lager seine Welt bildet, und sich um die übrigen nicht kümmert. Wir kennen gegenseitig unsere Liebhabereien und politischen Anschauungen nicht, wir kennen die Beweggründe der gestellten Forderungen nicht. Und wenn die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion an uns herantritt, dann möchten wir aus diesen sich fremden Lagern ein solidarisches Ganze bilden. Das läßt sich in wenigen Wochen nicht bewerkstelligen.

Die Solidarität ist kein Zauberwort, welches Wunder schafft, — die Solidarität ist Ziel der Arbeit. Wir wollen also, daß unserm Bunde Vertreter aller Volksschichten beitreten. Wir werden im gemeinsamen Kreise die politischen Fragen überdenken, welche die Zeit mit sich bringt. Diese Diskussion wird schon so manchen vermeintlichen Unterschied beseitigen. Doch wissen wir sehr wohl, daß es uns nie gelingen wird, eine absolute Eintracht herbeizuführen. Fraget die Herren Parteiführer, wieviel Energie notwendig ist, um die zahlreichen Reihen in Disziplin zu erhalten. Kontraste wird es stets unter uns geben. Aber wenn eine solche Sache eintreten wird, bezüglich deren eine einträchtige Verständigung unmöglich sein wird, dann werden wir sie in unserem Bunde unentschieden lassen. Wir werden sagen: Gut, kämpfen wir also! Wenn das nötig werden wird, dann werden unsere Wahlbehörden oder das Zentralwahlkomitee, welches weitgehende Kompetenzen hat, den Streit entscheiden. Jedenfalls eröffnet sich in diesen Fällen ein neues Gebiet des Strebens: wir werden auf die Geringfügigkeit des Unterschiedes hinweisen, der uns trennt, angesichts des Gewichts unserer gemeinsamen Bestrebungen. Diese Diskussionen im gemeinsamen Kreise werden unser politisches Leben noch nicht vertiefen, eine Vertiefung der politischen Anschauungen ist aber durchaus nötig. Wir haben sehr, sehr viele Leute, die von Politik sprechen, aber politisch denkende Leute gibt es unter uns sehr wenige und politisch informierte noch weniger. Daran ist unsere politische Lage schuld, die uns nicht gestattet, Berufspolitiker zu bezahlen. Unsere Politiker sind naturgemäß Dilettanten. Schuld daran ist auch die Schwierigkeit, unsere politischen Verhältnisse kennen zu lernen. Wir leben sogar nicht auf einem Stück Erde in geschlossener Masse. In konkreten Angelegenheiten ist es darum manchmal ungeheuer schwer festzustellen, wie weit die Gemeinsamkeit unserer wirtschaftlichen Interessen mit denen der Deutschen reicht und wo der Separatismus unserer nationalen Interessen beginnt. Angesichts dieser Schwierigkeiten

helfen wir uns auf sehr leichte Weise: wir stellen in der Politik keine positiven Postulate, sondern treiben eine Politik der Negation. Sie, meine Herren, kennen unsere Presse. Haben Sie viele Artikel gelesen, die unseren positiven Standpunkt dargetan hätten? Unsere Presse klagt über alles, über die Deutschen, die Regierung, die Hakatisten; — die Redakteure klagen gegenseitig über sich, über die Führer der Gruppen, welche sie abweichender Überzeugungen beschuldigen. Diese Politik der Negation ist für uns eine große Gefahr, eine Gefahr in der äußeren Politik, da die deutsche Volksgemeinschaft uns nicht kennt, da wir ihr nicht gesagt haben, welches unsere Ziele und Bestrebungen sind. Da man uns nicht kennt, schreibt man uns die amerikanischen Auslassungen oder die Manifeste von Studentenversammlungen zu. Und es gibt kein Mittel, uns zu verteidigen. Wir würdigen die Bedeutung der deutschen Volksgemeinschaft unzulänglich.

Diese Politik der Negation übt auch auf uns selbst einen verhängnisvollen Einfluß aus. Sie ertötet in uns die politische Kultur und die Fähigkeit zur politischen Synthese. Stets mit Haß getränkt, werden wir zum Schluß uns selbst hassen. Unsere Presse erzieht uns zu Anarchisten, die unfähig sind, über sich irgendwelche Behörde anzuerkennen, die wir uns selbst gegeben haben.

Wir sprechen von der Presse. Doch sie ist unschuldig daran, daß sie so ist, wie sie ist. Wir sind schuld daran. Wir haben den Schultern der Redakteure eine zu große Last auferlegt. Sehen wir uns andere Völker an! Dort ist die Teilung der politischen Arbeit durchgeführt. Politische Theoretiker, Volkswirtschaftler, Juristen, Historiker, Soziologen sammeln das politische Material. Der praktische Politiker eignet sich dieses Material an, zieht daraus Schlüsse und stellt praktische Forderungen. Die Presse informiert die Allgemeinheit und popularisiert die Ideen der Führer. Bei uns gründen zehn und einige Gesellschafter ein Blatt und fordern vom Redakteur, daß er selbst die ganze Arbeit leisten, Material sammeln und das Haupt der Gruppe sein soll, deren Blatt er redigiert. Wer vermag das fertig zu bringen?

Der Nationalbund will einen Teil der politischen Arbeit auf sich nehmen. Unser Beirat wird alle Angelegenheiten, denen man heut manchmal nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hat, und die, wie sich später zeigt, uns Schaden bringen oder uns hätten Nutzen bringen können, erörtern. Solcher Angelegenheiten gibt es viele, nicht nur auf dem Gebiet der hohen Politik, sondern auch im Bereich unserer kommunalen und Kreisangelegenheiten. Manchmal tritt die Notwendigkeit ein, eine wichtige Sache genau zu bearbeiten. Dann werden wir ihre Aufklärung einem Juristen von Fach übertragen. Vielleicht wird sich in unserer Mitte eine solche Kraft finden. Wenn nicht, dann werden wir die Sache einer außerhalb des Bundes stehenden Person übertragen nnd deren Arbeit bezahlen.

Doch fiecht diese Arbeit nicht hin. Die schmerzendste Stelle unreres öffentlichen Lebens ist, daß sich die Intelligenz von der Arbeit am Volke zurückzieht. Mit Ausnahme einiger Geistlichen und einiger Personen aus dem Kreise der jüngeren Intelligenz erfüllt niemand diese Arbeit. Dann wundern wir uns darüber, daß wir keinen politischen Einfluß haben. Wer Einfluß haben will, der muß sich durch unausgesetzte Arbeit Vertrauen verdienen.

Heut liefert die Intelligenz die Arbeitermassen einem unberufenen Agitator als Beute aus. Aber bedenken wir, daß auch ein Provokator kommen kann. Wir müssen unter das Volk gehen. Wir werden eine Schar von Vertrauensmännern aus den Kreisen der Intelligenz, der Kaufmannschaft und der gebildeten Gewerbetreibenden zu gewinnen suchen. Diese werden in den Arbeitervereinen Vorträge halten. Auch werden wir Konferenzen mit den Arbeitern veranstalten. Wir werden über die soziale Geschichte Polens, über die polnische Gesetzgebung sprechen. Die Wichtigkeit dieses Gebietes haben unsere Feinde begriffen. In bestellten Publikationen fälschen sie unsere Vergangenheit und reden über die schreckliche Bedrückung des Bauern und des Arbeiters in Polen. Sie wollen das Mißtrauen unseres Volkes gegenüber den Sphären der Intelligenz wecken. Ferner werden wir das soziale Wissen popularisieren. Das ist unser Arbeitsprogramm.

Es sei mir zum Schluß gestattet, einige der uns gemachten Vorwürfe abzuwehren.

Wir nennen unseren Bund parteilos. Der muß parteilos sein, welcher die allen Parteien gemeinsamen Interessen zu wahren beabsichtigt. Daß eine parteilose Organisation möglich ist, das scheint mir eine bereits durchdiskutierte Sache zu sein. Wir haben auf das Beispiel des Zentrums hingewiesen, welches Elemente aller deutschen Parteien in sich vereinigt. Gleichwohl macht man uns diese Parteilosigkeit zum Vorwurf.

Man behauptet, daß gerade das Parteileben einen Fortschritt bedeute. Dieser Satz enthält ein sehr zweifelhaftes Dogma. Von einer Volksgemeinschaft kann man solche Dogmen nicht sagen. Sogar von einer Einzelperson kann man nicht behaupten, daß eine gewisse Tatsache bestimmt die und keine andere moralische Folge in ihr hervorrufen werde. Wir können z. B. von einer Einzelperson nicht sagen, daß Widerwärtigkeit in ihr die Energie töte. Es gibt Personen, bei denen Mißglücken die Energie tötet, während es bei anderen die Energie steigert, den Willen stärkt. Und jetzt vergegenwärtigen wir uns, daß die Volksgemeinschaft sich aus Millionen von Einzelwesen zusammensetzt. Nein, von Volksgemeinschaften kann man solche Dogmen nicht sagen. Wenn wir uns schon in Theorien ergehen sollen, so wollen wir uns die eine Tatsache ins Gedächtnis rufen, daß es stets das Bestreben von Teilungsstaaten war, die unterjochten Volksstämme zu entzweien und sie in Parteien zu teilen. Diese Politik haben schon die alten Römer angewandt. Es wandte Preußen sie uns gegenüber an; Österreich tat es den unterjochten Volksstämmen gegenüber, als es den Bewohnern von Mähren einzureden suchte, sie bildeten eine besondere nichttschechische Nationalität, als es aus den schlesischen Polen eine besondere „schlesische Nation" zu bilden strebte. Auch Rußland sucht den polnischen Bauern mit dem Gutshofe zu veruneinigen. Wenn wir aus diesen Beispielen eine Theorie ziehen wollen, so kann es höchstens die sein, daß unterjochte Nationen sich vor Teilung in Parteien zu hüten haben. Aber mit solchen und ähnlichen Theorien in Angelegenheiten, betreffend die Volksgemeinschaft kann man nie etwas beweisen.

Es wird ferner gegen uns der Vorwurf erhoben, wir stellten uns nur parteilos, schüfen aber in Wirklichkeit eine Partei, indem wir in der Volksgemeinschaft alle der Nationaldemokratie feindlichen Elemente vereinigten. Auch dieser Vorwurf ist unbillig. Zwar nehmen viele Anhänger des Bundes an der fundamentalen Idee der Nationaldemokratie Anstoß, daß im internationalen Leben nur die Macht siege, daß es im internationalen Leben weder Gerechtigkeit noch Unrecht, sondern nur Stärke und Schwäche gebe, und daß Gewalt vor Recht gehe. Es ist das eine Idee, welche sich Raubvölker aneignen können: eine Blüte der deutschen „Herrenmoral". Für unterjochte Völker enthält diese Idee das Todesurteil. Auch für uns, denn eine Kraft, welche der Macht des Reiches gewachsen wäre, werden wir nie schaffen. Sobald nur die Macht siegt, da gibt es ja für uns keine Rettung und keine Hoffnung. Darum wehrt sich die Volksgemeinschaft instinktiv gegen diese

unerbittliche Idee; denn die Volksgemeinschaft muß Glauben an die Zukunft haben, wenn sie Energie zur Arbeit aus sich entfachen soll.

Diese Idee ist nur eine Überschätzung der staatlichen Macht. Wenn Macht immer und überall rücksichtslos vor Recht geht, weshalb schießen dann die Deutschen diese 4 Millionen Polen nicht nieder? Weil sie in der Seele ein sittliches Gesetz eingeschrieben haben, welches ihnen das nicht gestattet.

Und vor allem ist dieses Gesetz in die Seele der ganzen kulturellen Menschheit eingezeichnet, welche mächtiger ist als der Staat. Der Staat ist nicht der äußerste Gipfel, über welchen hinaus es keine höhere Macht gäbe. Es steht über ihm die große Familie, die wir kulturelle Menschheit nennen und welche auch eine konkrete wirtschaftliche Macht ist. Heute, wo der Weltmarkt die Kulturwelt zu einem wirtschaftlichen Ganzen vereint, erschwachen die Grenzen der Staaten.

Was bedeutet die ganze Macht eines Staates, wenn ein Herr auf der Chicagoer Börse Europa eine ganze Milliarde Verlust zufügen kann? Die Grenzen des Staats erschwachen, — denn die Geschichte schlägt einen Kreis: aus nicht organisierten Volksstämmen erwuchsen Staaten, die ursprünglich absolute Ganze waren in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Heute hat ihnen die Menschheit einen Teil ihrer absoluten Macht entrissen. Und je mehr sie an Separatismus einbüßen werden, desto selbständiger werden die in den Grenzen des Staates verborgenen Gruppen werden. Wir sind eine solche Gruppe. Strengen wir nur alle Kräfte an, um die politische und nationale Gleichmäßigkeit so lange als möglich zu bewahren.

Viele Anhänger der grundlegenden Idee der Nationaldemokratie werden sich somit unter uns nicht finden. Ungeachtet dessen wappnen wir uns nicht zum Kampfe gegen die Nationaldemokratie. Kampf im Innern der Volksgemeinschaft ist nicht unser Ziel. Ferner verstehen wir vorzüglich, daß diese Überschätzung der Kraft aus den edelsten Anwandlungen der Nationaldemokratie erwachsen ist; man war bestrebt, die Kraft in der Nation um jeden Preis zu verstärken, und man hat, wie das zeitweise den Aposteln einer Idee so geht, deren Bedeutung überschätzt.

Schließlich wird die Nationaldemokratie bei uns in nicht allzulanger Zeit sich selbst davon überzeugen, daß ihre Tage gezählt sind. Bei uns haben Parteien keine Existenzberechtigung, welche in allen gesellschaftlichen Schichten Anhänger suchen. Vielleicht wird in nicht ferner Zeit die demokratische Partei sich auflösen, vielleicht werden ihre Anhänger bei uns eintreten und uns die Hände reichen zu gesegneter, ehrlicher Arbeit.

Nach der Ansprache des Herrn Rechtsanwalts v. Drwenski nahm Herr Graf Adam v. Zoltowski-Jarogniewice das Wort. Er warf ein Streiflicht auf unsere Verhältnisse und die in unserer Volksgemeinschaft vorhandenen Lager. Sodann sprachen als Vertreter des Arbeiterstandes die Herren Martin Pulwicki und Habel. Letzterer brachte die Haltung der polnischen Fraktion in Sachen der Finanzreform zur Sprache. Nachdem Herr Miklaszewski gesprochen hatte, erläuterte Herr Rechtsanwalt v. Dziembowski-Posen den Standpunkt, welchen die polnische Fraktion bei der Finanzreform eingenommen hat. An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Dr. Marchlewski und Pawlikowski-Posen und Herr **Ignatz Zuinski** - Bochum. Letzterer hob hervor, daß unsere Volksgemeinschaft, die sich vom Selbsterhaltungstrieb leiten lasse, bisher keine Parteiwahlorganisationen geschaffen habe, trotz der in ihr herrschenden parteipolitischen Strömungen. Die Konsequenz hiervon sei, daß politische Parteien bei uns überflüssig seien. Der Nationalbund als politische Organisation könne nicht nur, sondern müsse parteilos sein. Es handle sich jedoch jetzt darum, daß alle gesellschaftlichen Sphären zum Bunde Zutrauen hätten. Nötig sei mithin die Normierung eines sozialen Programms in der Organisation, die auf einem Kompromiß beruhe, zu dem Zwecke, daß die besitzenden Kreise sich zu Zugeständnissen gegenüber den Arbeiterkreisen entschlössen, wie umgekehrt die Arbeiterkreise des Nationalwohls halber die Bedürfnisse der besitzenden Kreise zu berücksichtigen hätten. Man rechnet damit, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes, der polnische Adel, einst Anspruch auf die königlichen Ämter erhoben habe. Heut jedoch habe der Adel, belehrt durch die historische Entwickelung unter der Herrschaft Preußens, auf diese Ansprüche verzichtet, und er müsse auch darauf verzichten. Heut sei keine Grundlage für aristokratische Bestrebungen vorhanden, sondern unser Ziel müsse sein, eine wahrhaft demokratische Volksgemeinschaft zu werden im besten kulturellen Sinne.

Sodann wurden die Satzungen verlesen und einstimmig angenommen. (Sie sind bereits in Nr. 18 des Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur, Seite 505 ff. in deutscher Übersetzung abgedruckt. Red. d. Ges.-Überbl.)

Schließlich erfolgte die Wahl des Beirats. Es gingen aus der Wahl folgende Herren hervor: Kasimir v. Chlapowski-Kopaszewo, Dr. Roman v. Komierowski-Niezychowo, Ludwig v. Mycielski-Galowo, Adam v. Zoltowski-Jarogniewice, Dr. Thaddäus v. Chrzanowski-Koscianki, Kasimir v. Grabowski-Zbietka, Hippolit v. Zakrzewski-Czachorow, Leon v. Plucinski-Swadzim, Pfarrer Gladysz-Komornik, Dr. v. Brodnicki-Gr.-Koluda, Dr. Thaddäus v. Jackowski Wronczyn, Thelesphor Otmianowski, Wl. Adamski, Johann Paczkowski-Posen, Swoboda-Kosten, Miklaszewski-Posen, Pfarrer Labendzki-Wreschen, Roman Sworowski-Posen, Witkowski-Posen, Gawlak-Wreschen, Prof. Dr. St. v. Karwowski, Lucian v. d. Osten, J. v. Drwenski, Dr. Kozuszkiewicz-Posen, Rechtsanwalt Wierzbicki-Bromberg, Valerian v. Lebinski, Karl Krysiewicz-Posen, Wl. Berkan-Berlin, Dr. Thaddäus v. Dembinski-Posen, Propst Zborowski-Ostrowo, Dr. Adam v. Karwowski-Posen, Vinzent Aniola-Zegrze, Jeske-Lowentschin, Pulwicki und Franz Januszewski-Posen.

Aus Nr. 127 des Lech (Gnesen)
vom 8. Juni 1910:

Ein Nationalrat.

Der Abgeordnete Brejski berührte vor etwa Jahresfrist in seinen Blättern den Gedanken betreffs Gründung eines Nationalrates. Es sollte das eine Körperschaft sein, welche unser gesamtes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben leiten würde. Dieses Projekt schien uns von großer Tragweite zu sein und seine Umsetzung in die Tat in unseren Verhältnissen ein Werk ersten Ranges.

Wir empfinden auf Schritt und Tritt den Mangel einer Institution, die in rationeller und systematischer Weise nach einem von vornherein festgesetzten Plane unsere Verteidigung, sei es nach dieser oder jener Richtung hin, zu leiten hätte. Es könnte scheinen, daß wenigstens in politischer Hinsicht kein Bedürfnis zur Schaffung einer neuen Institution vorliegt; doch der würde sich im Irrtum befinden, der da meinen wollte, daß das, was wir heute haben, ausreichend sei.

Wir haben Wahlkomitees, das Provinzial- und Zentral-Wahlkomitee, doch diese Körperschaften funktionieren nur in der Zeit der Wahlen. Davon, daß sie unserem politischen Gedanken und der systematischen Führung der Verteidigung unserer politischen Interessen die Richtung geben könnten, kann nicht die Rede sein. Die polnischen Fraktionen können ebenfalls nicht der Faktor sein, der diese Aufgabe erfüllen könnte, auch nicht die neuerdings entstandenen politischen Organisationen.

Es werden Stimmen laut, die da sagen, daß auf den Lauf unserer politischen Angelegenheiten einzelne Personen zu viel Einfluß ausübten, namentlich die Personen, die an der Spitze unserer politischen Blätter stehen. Vielleicht haben auch diese Stimmen recht. Doch gibt es eine Institution, die darüber wachen würde, daß bei uns normale Verhältnisse herrschten? Leider nicht!

Ebenso fehlt es uns auch an einer Körperschaft, die unsere wirtschaftliche Verteidigung leiten würde. Der Kampf mit dem deutschen Element geht immer mehr auf das ökonomische Gebiet über. Anstatt nach dieser Richtung hin eine planmäßige Verteidigung zu organisieren, überlassen wir sie einzelnen Personen, die sich damit begnügen, daß sich dieses oder jenes Individium emporarbeitet und ein größeres Vermögen erwirbt, daß eine gewisse Zahl neuer Unternehmungen entsteht, ohne Rücksicht darauf, ob diese Unternehmungen bisher bestehende Existenzen vernichten. Die Strasch hatte in der wirtschaftlichen Sektion ein entsprechendes Organ nach dieser Richtung hin, doch die unglücklichen Versuche dieser Sektion — wir erinnern nur an das Adreßbuch für den polnischen Handel und das polnische Gewerbe — haben die Leute von ihr abgewendet, so daß diese Sektion kassiert worden ist, anstatt sie zu reorganisieren und ihr ein möglichst weites Feld der Tätigkeit vorzuschreiben.

Für die wirtschaftliche Sektion hätte sich Geld finden sollen, und es würde sich sicherlich auch gefunden haben, wenn die Gesamtheit zu der Überzeugung gekommen wäre, daß man ihre Tätigkeit in die rechten Bahnen gelenkt hat. Leider ist die Tragweite dieser Sektion völlig verkannt worden, und man beließ sie, auf dem Papiere. Wir haben auch nichts davon gehört, daß es der Hauptvorstand der Strasch versucht hätte, die wirtschaftliche Sektion zu reorganisieren, wie ihm das durch die Generalversammlung der Delegierten anempfohlen worden war.

So bleibt denn auch unsere wirtschaftliche Verteidigung planlos.

Auch in der kulturellen Verteidigung entbehren wir eines obersten Leiters. Wir haben zahlreiche aufklärende Vereine, wir besitzen die Volkslesevereine, eine kulturelle Sektion der Strasch, die sich, man muß es zugeben, bemüht, ihre Aufgabe gewissenhaft zu erfüllen, doch alle diese Mittel reichen angesichts des organisierten geistigen Kampfes, den das Deutschtum mit uns führt, nicht aus.

Unter solchen Verhältnissen haben wir das Projekt des Herrn Brejski, welches die Schaffung eines Nationalrats fordert, mit wahrer Freude begrüßt. Leider sind Stimmen gegen dieses Projekt laut geworden, die ihm schließlich das Grab bereitet haben.

Wir wollen hier nur auf einen Vorwurf der Gegner des Brejskischen Projekts antworten. Sie sagen, die Gesamtheit sei für die Schaffung des Rats noch nicht reif. Diejenigen, die so resumieren, vergessen, daß dieser Rat über der Gesamtheit stehen sollte, daß er gewissermaßen die Rolle der Fürsorge spielen, daß er die Gesamtheit zu dieser allseitigen Reife führen sollte. Es ist eine geschichtlich erwiesene Wahrheit, daß nicht die breiten unaufgeklärten Volksmassen über ihr Schicksal entscheiden, sondern ihre hervorragendsten Individuen, welche den Höhepunkt des allgemeinen nationalen Selbstbewußtseins erreicht haben. Man müßte also diesen Individuen Gelegenheit geben, in einer Organisation zusammenzuarbeiten, die über die Schicksale des Volkes wachen und den Lauf seiner Angelegenheiten in ihre starke Hand nehmen würde. Eine solche Organisation sollte der Nationalrat sein. Heute ist das Projekt gefallen. Am verflossenen Donnerstag fand eine Sitzung des polnischen Zentral-Wahlkomitees statt, welches das Projekt der Gründung eines Rats ablehnte, weil es selbst die Tätigkeit der höchsten Behörde für alle nationalen, gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten übernehmen will.

Ein solcher Beschluß des Zentral-Wahlkomitees muß jeden verwundern, einmal deshalb, weil das Zentral-Wahlkomitee nicht die kompetente Instanz ist, um über die Frage zu entscheiden, ob der Rat gegründet werden soll oder nicht, und ferner, weil es von der Volksgesamtheit nicht beauftragt worden ist, neue Funktionen zu übernehmen. Schließlich erachten wir das Zentral-Wahlkomitee nicht für die entsprechende Körperschaft, welche die Funktionen des Nationalrats ausüben könnte.

Die Angelegenheit muß daher möglichst bald geklärt werden.

Aus Nr. 127 des Postęp (Posen)
vom 5. Juni 1910:

Das Provinzialwahlkomitee

hat vorgestern eine Sitzung abgehalten, zu welcher sich alle 11 Mitglieder eingefunden hatten. Die Beratungen betrafen die Gründung eines Nationalrats. Das Provinzialkomitee wird sich angeblich als den Nationalrat ansehen, dessen Befehle die Volksgemeinschaft erfüllen soll. Ferner befaßte man sich auch mit der Posener Sezession und mit noch anderen Angelegenheiten, welche öffentlich werden bekannt gegeben werden.

Aus Nr. 124 des Orędownik (Posen)
vom 2. Juni 1910:

Die Volkspartei.

Gestern kam in unsere Redaktion Herr Fr. Habel, der Schriftführer der neuen Volkspartei. Er versicherte uns, die Volkspartei wolle keineswegs den Goniec Wielkopolski als ihr Leiborgan betrachten, und er hinterließ uns eine Mitteilung zum Abdruck, die wir nachstehend wiedergeben. (Es war der im vorigen „Gesamtüberblick" übersetzte Bericht über die erste Sitzung der Volkspartei. Red. d. Gesamtüberblicks.) Wir glauben Herrn Habel, daß die Volkspartei den Goniec in Zukunft nicht als ihr Organ betrachten will. Offenbar haben es sich die Herren von jener Volkspartei überlegt, und sie sind zu der Überzeugung gelangt, daß der Goniec ihnen weder Ruhm noch Anhänger einbringen wird. Sicher ist jedoch, daß jene Herren anfangs daran gedacht haben, den Goniec zu ihrem Organ zu machen.

Wäre das nicht der Fall, so wären sie gleich mit der ersten Mitteilung zu den übrigen Redaktionen gegangen, was sie jedoch weder mit Bezug auf uns, noch mit Bezug auf den Postemp getan haben.

Obgleich also diese Herren von der Volkspartei sich nicht nur bloß mit dem Goniec verbrüdern wollen, so wollen wir ihnen gleichwohl offen sagen, daß wir

zu ihrer ganzen Arbeit kein Vertrauen haben. Schon in früheren Artikeln haben wir uns breit darüber ausgelassen, daß die neue Volkspartei völlig überflüssig ist, da schon eine volksparteiliche politische Organisation besteht, nämlich der polnisch-demokratische Verein. Wozu hier irgendwelche neue Parteien gründen und die Kräfte der Volksparteiler zersplittern, da doch zu dem polnisch-demokratischen Verein die breiten Schichten unserer Volksgemeinschaft völliges Vertrauen haben und sich ihm anschließen?!

Zweitens — und auch das sagen wir offen, ohne etwas in Watte zu wickeln — fehlt es in jener neuen Volkspartei an einem breiteren politischen Gedanken. Diese Volkspartei bringt nichts Neues, und wir werden den schönen Worten der Herren Dolacki und Lewandowski nicht auf den Leim gehen. Herr Lewandowski hat in so manchen Topf geguckt, hier hat er gemischt, dort ein wenig hinzugetan, aber nirgends etwas Ordentliches gekocht. Übrigens können wir zu Herrn Lewandowski schon darum kein Vertrauen haben, weil er sich doch schon mit den Konservativen im Nationalbund berochen hat, zu dessen Gründern er gehört. Und mit Herrn Dolacki ist es nicht besser; das ist vorgeblich ein Volksparteiler, aber bei den letzten Wahlen ist er mit den Anhängern des Herrn Sosinski gegen die Volksbewegung Hand in Hand gegangen.

Aber wir wollen nicht mehr viel Worte verlieren. Wir bieten hiermit die Mitteilung jener Volkspartei, aus der die Leser sich selbst überzeugen werden, daß darin tatsächlich kein breiterer demokratischer politischer Gedanke enthalten ist; dafür gibt es dort viel Phrasen, und mit diesen Phrasen wird die Sache gewiß enden; dagegen wird der wahrhaft demokratische politische Gedanke bestimmt in unserem Lager bleiben, in dem polnisch-demokratischen Verein, dem auch immer mehr wahrhafte Volksparteiler beitreten.

Aus Nr. 122 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 3. Juni 1910:

Grunwald ohne Tschechen.

Die Tschechen kommen zur Grunwaldfeier nicht nach Krakau. Wie der Dziennik Cieszynski mitteilt, beschloß der Ausschuß des tschechischen Sokolverbandes mit Stimmenmehrheit, an der Zusammenkunft des polnischen Sokoltums, die während der Grunwaldfeierlichkeiten in Krakau stattfindet, nicht teilzunehmen.

Die Tschechen gehen mit dem russischen Hakatismus immer mehr Hand in Hand. Man müßte ihnen wünschen, nur einige Jahre lang die „brüderlichen" Empfindungen der russischen Nahajka kennen zu lernen!

Aus Nr. 120 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 1. Juni 1910:

Ernste Gefahr für die heilige Kirche und das polnische Volk

liegt in dem Bestreben gewisser Geistlichen und geistlicher Behörden, deren Ziel es ist, mit Hilfe des deutschen Gottesdienstes und deutscher Predigten das polnische Volk zu germanisieren. Trotz aller Gerechtigkeit und trotz der Interessen der heiligen Kirche unterstützen sie das Deutschtum, das Polentum aber verdrängen sie aus unseren Kirchen, aus den Kirchen, welche unsere Väter gestiftet und reich ausgestattet haben, gewiß nicht dazu, daß das Deutschtum sich in ihnen breit macht, sondern ausschließlich zur Ehre Gottes.

Auf dem kirchlichen Gebiete kommen bei uns unerhörte Sachen vor. Die Beweise der ungerechten Behandlung des polnisch-katholischen Volkes sind sehr zahlreich, klar und deutlich. Fast jeder Tag bringt uns neue Tatsachen, die ausführlich bezeugen, daß gewisse Geistliche und kirchliche Würdenträger mehr auf die Gnade der Regierung, als auf das Heil der ihrer Obhut anvertrauten Seelen sehen. Weil die Regierung das polnische Volk germanisieren will, so helfen sie der Regierung mit aller Kraft ohne daran zu denken, daß Christus gewiß nicht alle Völker ausschließlich nur in deutscher Sprache lehren ließ, sondern in der Muttersprache aller Völker. Sie denken auch nicht daran, daß sie mit der Ungerechtigkeit, welche sie betreiben, Leid und Erbitterung in dem so treuen polnischen Volke hervorrufen. Das Leid und die Erbitterung, das sind böse Ratgeber, welchen das polnische Volk zum Glücke nicht folgt. Diejenigen aber, denen die Pflicht obliegt, die Interessen der Kirche zu wahren, mögen daran denken, daß es nicht gut ist, die Geduld eines noch so fügsamen Volkes zu mißbrauchen. Das polnische Volk erträgt bis jetzt geduldig genug alle Experimente, welche die Germanisatoren in dem Priesterrock an ihrer Seele ausführen. Aber man muß durchaus mit der Möglichkeit rechnen, daß die Geduld auch ihre Grenzen hat. Hierbei muß man auch berücksichtigen, daß die durch die Kirche germanisierten Polen ein leichter Raub des Protestantismus und allerhand Sekten werden. Es liegt daher im Interesse der Kirche, den preußischen Anstrengungen der geistlichen Germanisatoren einen Damm entgegenzusetzen.

Die gegenwärtige Entrüstung der polnischen Gesamtheit über die Germanisierung durch die Kirche erreicht ihren Höhepunkt. Es ist die höchste Zeit, daß sich Rom mit der Sache befaßt, wenn unsere geistlichen Behörden keinen guten Willen oder keine Kraft haben, den weiteren zunehmenden Strömungen, welche der Kirche früher oder später Schaden bringen müssen und in jedem Falle ihr Ansehen untergraben, vorzubeugen. Es fragt sich nur, wer Rom gründlich darüber informieren soll, was bei uns vorgeht. Die Entscheidung dieser Sache überlassen wir vor allen Dingen den ehrwürdigen und edlen Geistlichen, welche aus der Kirche keine Dienerin der lutherischen preußischen Regierung machen, sondern fest auf der Wacht ihrer erhabenen Grundsätze stehen. Mögen sie über die Sache ernstlich nachdenken und veranlassen, was nötig ist. Je eher dies geschieht, desto besser ist es. Wir wissen auch, daß das keine einfache Sache ist, denn die deutschen Einflüsse in Rom sind sehr groß, aber wir behaupten, daß der Grundsatz der Gerechtigkeit sogar die mächtigsten Einflüsse bei dem Statthalter, „dessen Königreich nicht von dieser Welt ist", besiegen muß.

Aus Nr. 123 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 4. Juni 1910:

Militärischer Boykott.

Der hiesigen militärischen Besatzung wurde in diesen Tagen ein Befehl bekannt gegeben, nach dem es den Soldaten nicht gestattet ist, den Garten und den Saal der Baugenossenschaft zu besuchen.

Die Ursache dieses Befehls ist nicht schwer zu erraten. In diesem Besitztum sind bis jetzt weder irgend welche Abenteuer noch Schlägereien vorgekommen, die gewöhnlich derlei Sachen veranlassen. Wir müssen daher annehmen, daß die Ursache des Boykottierens der Umstand ist, daß die

Baugenossenschaft der Sitz des Polentums ist.

Die Minister behaupten immer, daß sich die Armee mit der Politik nicht befasse.

Aus Nr. 121 des Lech (Gnesen)
vom 1. Juni 1910:

Ins schwarze Buch!

Was wir befürchtet haben, ist eingetroffen. Der Wirt Kaczmarek in Lulkowo verkaufte seine 150 Morgen große Wirtschaft an die Ansiedlungskommission durch Vermittelung des Agenten Stypek aus Posen. Die unaufhaltbare Gier nach dem Golde besiegte alle Skrupel und machte aus dem Kaczmarek einen Verräter der nationalen Sache. Der Fluch des ganzen Landes wird auf ihm und auf seinen Nachkommen lasten für alle Zeiten.

Aus Nr. 125 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 7. Juni 1910:

Eine neue Volksbank ist in Margonin, Kreis Kolmar, entstanden. Am 6. Mai kam der Patron der Genossenschaften, Prälat Wawrzyniak nach Margonin und gründete in der zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung die erwähnte Bank. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Herr Roman Kossobudzki, Pächter von Sulaszewo, gewählt. Der Vorstand besteht aus den Herren Geistlicher Adalbert Bajerowicz aus Samotschin, Michael Wrembel und Joseph Milowski aus Margonin. Nach Erledigung der Eingangsformalitäten beginnt die Volksbank am Dienstag, dem 7. d. M. ihre Tätigkeit.

Die Gründung der Volksbank in Margonin wurde mit großer Freude begrüßt, und man muß der neuen Institution günstige Entwickelung wünschen.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)
vom 1. Juni 1910:

Über die Sitzung des Vorstandes des „Sokolverbandes im Deutschen Reich", welche am 22. Mai d. J. abgehalten worden ist, berichtet das obengenannte Verbandsorgan unter anderem was folgt:

... Bezüglich des diesjährigen Krakauer Sokoltages wurde auf Grund des dem Verbandsvorstande zur Entscheidung übertragenen Beschlusses des diesjährigen Delegiertentages folgendes entschieden:

„Der Verband der polnischen Sokolvereine im Deutschen Reich wird am diesjährigen Krakauer Sokoltage **nicht** teilnehmen."

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)
vom 1. Juni 1910:

Betrifft den Gau Posen der Sokolvereine Gau II (Mittelgau).

Unser Gautag wird am 19. Juni 1910 in Urbanowo bei Posen stattfinden. Der Antrag an die Behörde um die Genehmigung zu einem öffentlichen Gautage ist gestellt worden, und es ist Aussicht vorhanden, daß wir die Genehmigung erhalten werden. Wir bitten die Kameraden, eifrig und beharrlich zu üben, damit wir der Volksgemeinschaft, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ einen Fortschritt zeigen können.

Programm:

Pünklich 6 Uhr früh: Turnen der Einzelriegen (Sechskampf) a) Klasse I, b) Klasse II.
8 Uhr früh Probe der vorzuführenden Übungen.
9 Uhr früh: heilige Messe.
1 Uhr mittag: Eröffnung des Turntages und gemeinsames Essen (nach Belieben.)
4 Uhr nachmittags: Konzert.
4½ Uhr nachmittags: Vorführungen:
a) Krakauer Freiübungen.
b) Gerätübungen der Riegen.
c) Stabübungen der weiblichen Abteilung.
d) Radfahrerreigen.
15 Minuten Pause.
e) Gesellschaftsspiele und einfache Übungen.
f) Beliebige Übungen der Vereine.
g) Verbandsfreiübungen und Bekanntgabe der Sieger.

Um 8 Uhr abends: Schluß des Gautages und Tanzvergnügen.

Der Vorstand des Gaus II.

Karl Rzepecki — Vorsitzender.
Anton Wysocki — Turnwart.
K. Jesionek — Schriftwart.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)
vom 1. Juni 1910:

In Neustadt bei Pinne

besteht seit dem Dezember v. J. ein Sokolverein, der etwa 20 Mitglieder zählte, aber nur auf dem Papier bestand; denn die polnischen Restaurateure wollten den Saal zu den Beratungen und Übungen nicht hergeben.

Am verflossenen Donnerstag machte ich mich mit dem Gauturnwart Anton Wysocki nach Neustadt auf, um das Leben im Sokolverein zu wecken. Ich hatte zuvor 120 Einladungen zu einer vertraulichen Versammlung versandt, hatte auch die drei Geistlichen und 40—50 ältere Bürger nicht übergangen, darunter solche, welche von polnischen Instituten leben.

Ihr meint, daß das eine prächtige Versammlung geworden sein muß?! Seht, da fanden sich etwa 40 Leute ein, darunter die Hälfte Mitglieder des Sokolvereins! Von den Geistlichen erschien nicht einer. Der Arzt saß einige Häuser vom Versammlungslokal entfernt auf dem Balkon; — die Neustädter „Pfeiler", die da offenbar meinen, man müsse von der Volksgemeinschaft „nehmen", aber man brauche ihr, sogar geistig, nichts zu „geben" — sie glänzten durch Abwesenheit. Ebenso, wie andere sich nach der Vesper um 4½ Uhr eingefunden haben, hätten sich die Neustädter Herren in der Versammlung einfinden können, umsomehr, als es in dieser Grenzgegend überhaupt nicht gestattet ist, in öffentlichen Versammlungen polnisch zu sprechen; denn der Kreis Neutomischel hat keine 60 % polnischer Bevölkerung.

Die Schwierigkeiten bei der Gründung neuer Sokolvereine sind, wie ihr seht, bei uns im Großherzogtum groß. Ursachen sind: Trägheit, Verschlafenheit, Unlust, und vor allem Furcht und Feigheit. Diese Furcht sogar der aufgeklärteren Bürgerschaft vor der Pickelhaube, vor dem Bürgermeister, dem Polizisten,

dem Gendarmen, diese Unkenntnis des Vereinsgesetzes ist bei uns typisch. Der westfälische Bergmann, der Arbeiter in Schlesien, sie haben besseres Verständnis für ihre Rechte als so mancher Gebildete im Großherzogtum.

Neustadt hat gegenwärtig im Sokolverein 40 Mitglieder. In kurzem wird dieser Verein einen Nachbar in Pinne erhalten, woselbst wir die Gründung eines Vereins vorbereiten. Der Vorstand und der Beirat wurden vervollständigt, und es sind Aussichten vorhanden, daß die neuen Leute die Sokolflügel entfalten werden trotz der Unlust und Trägheit der sogenannten „Pfeiler". Eine Deutsche, die den Saal hergab, zeigte mehr guten Willen und Wohlwollen zur Unterstützung der Losung: „Im gesunden Körper ein gesunder Geist" als die polnischen Restaurateure. Von Vollkommenheit sind wir noch weit entfernt, wenn so traurige Verhältnisse in den Grenzbezirken herrschen. Gut Heil!

Karl Rzepecki.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen) vom 1. Juni 1910:

Gau VI (schlesischer) des Verbands der Sokolvereine.

Eine Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte hat am Sonntag, dem 3. April im Saale des Kurhotels in Zabrze stattgefunden. Die 9 Vereine, welche unseren Gau bilden, waren sämtlich vertreten. Die wichtigsten Sachen waren die nachstehenden:

Der Antrag des Kameraden Dreyza: „Ist jemand Beamter in einem Verein und bekleidet er auch ein Amt im Gauvorstande, dann hat der Verein einen Vertreter in die Gauversammlung zu entsenden" — wurde einstimmig angenommen.

Es wurde beschlossen, in der zweiten Hälfte des Juni einen Turntag zu veranstalten. Zu dessen Leitung und zur Einrichtung des Turnplatzes wurde eine Kommission gewählt, die sich aus dem Kameraden Wolski, Kendziora und Mrozek zusammensetzt. Sie soll im Einvernehmen mit dem Vorstand handeln und den Turntag durchführen.

Die Beitragsblocks zur Sammlung eines Baufonds für Sokolhäuser beschloß man auf Antrag des Kameraden Wolski zu vernichten und den Kameraden Wolski von deren Herrichtung zu befreien. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Die übrigen Beschlüsse sind belanglos.)

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen) vom 1. Juni 1910:

Gau XIII des Verbands der Sokolvereine.

Achtung! Einigkeit macht stark! Wir laden die Kameraden herzlich zum zweiten Turntage des Gaues XIII ein, der am Sonntag, dem 12. Juni d. J. in Winterswyk in Holland stattfindet. Die Polizei hat uns nicht gestattet, den Turntag in Deutschland abzuhalten. Kameraden und Landsleute! Schulter an Schulter alle Mann zum Turntag nach Holland! Die Vorsitzenden und Turnwarte bitten wir, die Kameraden über die Tagesordnung des Turntages zu unterrichten und sie sowie die Landsleute recht sehr zur Teilnahme an dem festlichen Turntage anzuregen. Ihre Vorsitzenden und Turnwarte, denkt daran, daß von euch selbst viel abhängt, in welcher Zahl wir an einem so feierlichen Tage, wie unser Turntag, auftreten werden. Denkt stets und überall daran, daß der Sokol Redlichkeit, Zucht und Gewissenhaftigkeit bedeutet. Gebe Gott, daß sich an diesem Festtage nach Tausenden zählende Sokolscharen gestellen. Gut Heil!

B. Zmudzinski, Vorsitzender.

Programm des Turntages des Gaues XIII des polnischen Sokoltums im Deutschen Reiche, welcher am Sonntag, dem 12. Juni d. J. in Winterswyk in Holland stattfinden wird.

Um 9¾ Uhr: Aufstellen der Vereine durch den Gauturnwart.

10 Uhr: Marsch vom Bahnhof in Winterswyk auf den Festplatz.

10½ Uhr: Gemeinsame Unterredung der Vorsitzenden und Turnwarte, sowie Verteilung der Programme.

10¾ Uhr: Marsch zur Kirche zur Andacht.

12 Uhr: Eröffnung des Turntages und Begrüßung der Vereine und Gäste.

12¼ Uhr: Gemeinsames Essen und Konzert, ausgeführt vom Kapellmeister St. Wojciechowski.

1¼ Uhr: Generalturnprobe.

(Es folgt die Angabe der vorzuführenden Übungen.)

Weitere Spiele auf dem Turnplatz. Schluß des Turntages.

7 Uhr: Polonaise und weiteres Vergnügen nebst Tanz. Gut Heil!

Bernhard Zmudzinski, Vorsitzender. — W. Kaczmarek, Schriftführer.

Michael Gosciniak, Turnwart.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 122 der Gazeta Toruńska (Thorn) vom 1. Juni 1910:

Nach einem in der Gazeta Torunska enthaltenen Bericht über die am 29. Mai in **Skurz, Kreis Pr. Stargard,** abgehaltene polnische Wählerversammlung hat der Reichstagsabgeordnete **Brejski** hinsichtlich der **„Reichsversicherungsordnung"** u. a. ausgeführt:

Eine freie Ärztewahl würde den Hakatisten, welche befürchten, daß die polnischen Krankenkassenmitglieder polnische Ärzte in Anspruch nehmen würden, nicht sehr passen. Aus diesem Grunde haben der Verband der schlesischen Kassenärzte, der sich ausschließlich aus Deutschen zusammensetzt, sowie der Verband der schlesischen Fabrik- und Grubenbesitzer in Eingaben an die Regierung gegen die Einführung der freien Ärztewahl protestiert, indem sie sich offen darauf berufen haben, daß bei der freien Ärztewahl die polnische Sache gewinnen würde.

Die Regierung ist der Stimme der Hakatisten gefolgt und hat es in dem neuen in der Kommission befindlichen Projekt den Krankenkassenvorständen überlassen, eine freie oder eine beschränkte freie Ärztewahl einzuführen. Die beschränkte freie Ärztewahl soll nach dem Regierungsprojekt darauf beruhen, daß jede Kasse, soweit es ohne bedeutende Erhöhung der Kosten möglich ist, mindestens zwei Ärzte anstellt, unter denen die Mitglieder freie Wahl hätten.

In deutschen Gegenden wäre ein solches System erträglich, aber bei uns, wo die Vorstände besonders der Landkrankenkassen deutsch, hakatistisch sein werden, wäre die beschränkte freie Ärztewahl vor allen Dingen für die Kassenmitglieder schädlich; denn es würden nur deutsche Ärzte, und zwar über-

wiegend **Pfuscher** angestellt werden, die in deutschen Gegenden keine Praxis fanden. Das polnische Volk würde zu ihrem Gehalt beisteuern, aber wenn ein Pole erkranken sollte, dann würde er nicht den **Kassen-Pfuscher,** sondern auf eigene Kosten einen polnischen Arzt holen lassen und auch selbst die Arznei bezahlen, denn die Krankenkassen bezahlen nur die vom Kassenarzt verschriebenen Arzneien. Die Kasse würde auch nur auf seine Bescheinigung hin Krankengeld zahlen; es wird aber wohl jeder lieber auf das Krankengeld verzichten, als sich von einem **Pfuscher** behandeln zu lassen, zu dem er kein Vertrauen hat.

Aus Nr. 67 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 4. Juni 1910:

Für die **unbeschränkte freie Ärztewahl** bei den Krankenkassen eintretend, schreibt der Pielgrzym u. a.:

Wenn die Kassenmitglieder den Vorstand wählten, dann würden hier in unseren polnischen Gegenden fast überall polnische Vorstände sein, **und diese polnischen Vorstände würden polnische Ärzte zu Kassenärzten ernennen.**

Aus Nr. 65 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 31. Mai 1910:

Ein Artikel der Gazeta Gdanska, der sich mit dem Westpreußischen Volksblatt befaßt, schließt wie folgt:

Wir wiederholen an dieser Stelle, worauf wir schon manchmal mit Nachdruck hingewiesen haben, daß in der Besetzung derjenigen polnischen Parochien, die, sei es durch Industrie, Handel oder höhere Schulen, eine gewisse kulturelle Bedeutung haben, mit deutschen Pröpsten, System liegt, ebenso wie bei der Besetzung irgend welcher preußischer Ämter. Darum ist auch nach Bruß ein — deutscher Propst geschickt worden.

Aus Nr. 65 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 31. Mai 1910:

Im Anschluß an die Wiedergabe des Jahresberichts des **„Unterrichtshilfsvereins für Westpreußen"** für 1909 bemerkt der Pielgrzym:

Möge dieser Bericht das erhabene Werk des Unterrichtshilfsvereins breiteren Kreisen in Erinnerung bringen, möge er es vor allem denjenigen Glücklichen in Erinnerung bringen, die durch Hilfe dieses Vereins heute nicht nur ihr Brot, sondern auch Vermögen und Bedeutung haben. Eine Unterstützung dieses Vereins ist durchaus notwendig, er ist nämlich eine der Hauptquellen unserer Kultur und unserer Kraft. Unsere Gesamtheit ist arm und kann auf Staatshilfe nicht rechnen, darum muß sie selbst um ihr Wohl besorgt sein.

Wieviele Söhne aus unseren polnischen Hütten sind nicht schon zu Geistlichen, Ärzten usw., **zu wackeren Führern in unserer nationalen Verteidigung** herangebildet worden? Wäre das denn ohne Unterstützung möglich gewesen? Niemals! Wenn Vorkämpfer erforderlich sind, dann ist unter unseren Verhältnissen eine öffentliche Opferwilligkeit für die Unterrichtshilfe erforderlich, denn sonst könnte unsere Gesamtheit leicht auf die niedrige Stufe geistiger Proletarier herabsinken.

Aus Nr. 66 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 2. Juni 1910:

Zu dem Verbot der Stadtverordnetenversammlung in **Triest,** deutsche Aufschriften an Grabsteinen anzubringen, schreibt der Pielgrzym unter Hinweis darauf, daß in **Herne** die Stadtverordnetenversammlung polnische Aufschriften auf Grabsteinen verboten habe, u. a.:

Jedes Unrecht rächt sich — wenn auch nicht gleich, dann später. Für die Verfolgung der Polen hat Deutschland im Auslande schon manchmal eine ähnliche Bedrückung erfahren — und jetzt auf das neueste barbarische Verbot polnischer Aufschriften an Grabsteinen, haben italienische Stadtverordnete mit einer gleichen Barbarei geantwortet.

Der unangenehme Vorgang in Triest müßte den Deutschen doch endlich die Augen öffnen — sie müßten, wie jener sündhafte Zöllner, sich in Demut vor die Brust schlagen und zugeben, daß sie den Polen gegenüber schwer sündigen, daß sie die Polen schlecht und mitunter sogar barbarisch behandeln; sie müßten sich bessern und den Polen überall Gerechtigkeit widerfahren lassen, dann wird ihnen auch der Herrgott vielleicht vergeben. Wenn sie aber auf diesem Wege der strengen Verfolgung weiter schreiten, dann können sie sicher sein, daß sie dieselbe schwere Strafe trifft, wie sie andere Bedrücker fast immer getroffen hat — aber in keinem Falle haben sie das Recht, andere Barbaren zu schimpfen, solange sie selbst solche Barbareien verüben.

Aus Nr. 67 des Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 4. Juni 1910:

Unter der Überschrift

Was will das Zentrum von uns?

drückt die Gazeta Gdanska ihre Verwunderung darüber aus, daß das Zentrum den Polen Radikalismus vorwerfe, und schließt den Artikel mit den Worten:

Unser Weg ist jetzt einfach und klar, und das ist die angestrengte Verteidigung unseres Glaubens und unserer Nationalität mit Hilfe aller Mittel, welche uns die preußische Verfassung gibt.

Wir Polen werden aber infolge der Änderung der Politik, die in Preußen und Deutschland bevorsteht, bei den kommenden Wahlen mit Rücksicht auf unser politisches Wohl zweifellos gezwungen sein, mit allen Kräften die Zentrumsmänner zu unterstützen.

Aus Nr. 43 des Mazur (Ortelsburg)
vom 29. Mai 1910:

Trembowla (Galizien.)

Mit Rücksicht auf unsere „Freunde" können wir die **Quittung** im Mazur nicht veröffentlichen. Das wirkt auf sie wie rotes Tuch auf einen spanischen Stier. Gott vergelt's — wir werden auf einer Postkarte quittieren.

Aus Nr. 44 des Mazur (Ortelsburg)
vom 2. Juni 1910:

Die künftigen Wahlen in Masuren.
Ein Brief von Herrn Eugen Z. Lewandowski.

Posen, im Mai 1910.

Liebe „Masuren!"

Schon seit einigen Wochen habe ich mir vorgenommen, einen Brief zu schreiben, aber die Zeit

vergeht so schnell und Arbeit gibt es soviel, daß es mir schwer wurde, meine Absicht auszuführen. Wir hier in Posen denken immer an unsere masurischen Brüder. Wir lesen häufig Neuigkeiten aus Masuren, doch wenig Gutes, dafür mehr Trauriges. Wir würden uns freuen, wenn über den masurischen Seeen, Wiesen und Feldern der konservative Geist zu wehen aufhören würde, der dort seit undenklichen Zeiten herrscht. Es wäre besser, wenn das alles der eigene, der masurische Geist umfassen würde.

„Fremde Augen sind blind, fremde Ohren sind taub" besagt das Sprichwort, darum muß die Herrschaft der Konservativen auch schlechter sein wie die eigene masurische Herrschaft.

Und doch ist es eine schreckliche Wahrheit, daß diese Konservativen ganz Ostpreußen, wie ein Geschwür, das sich über den ganzen Körper verbreitet hat, besetzt haben, so daß es auf dem menschlichen Körper keine gesunde Haut mehr gibt. Sie sagen immerfort, daß sie die Masuren mit großer Liebe regieren und daß sie ihnen angeblich wohlgesinnt sind, doch wenn der Masure sein eigener Hausherr sein und bei der Wahl einen Masuren wählen will, dann zeigt sich gleich ihre Bosheit, indem sie aus vollem Halse schreien: „Wählet nicht den Bauern Labusz, einen wirklichen Masuren". Doch das ist nur eine List von ihnen, denn er (Labusz) ist nicht für die Großgrundbesitzer, er will nur das Wohl des armen masurischen Volkes.

Die Konservativen, welche aus dem Volke das Geld in schurkischer Weise herausschinden, haben während der Wahl volle Geldsäcke, und sie erkaufen Mietlinge, die für Geld das Volk belügen.

Am Wahltage gießt es nur so Schnaps und Bier, und das verführte Volk trinkt und genießt, obwohl es ahnt, daß das nicht gut ist, was es tut. Den Vollgesoffenen oder Verdummten werden die Wahlzettel in die Hand gedrückt und sie zur Wahlurne geführt.

Jeder ehrlich denkende Mensch wird den Konservativen für eine derartige Behandlung des Volkes in die Augen speien, denn das ist nichts anderes, als ein Bestehlen des Nächsten um seine ihm von Gott und durch die Verfassung gegebenen Rechte. Die Konservativen treiben mit allem ihren Spott, nur vor der Welt geben sie sich den Anschein, als wenn sie ein Gewissen besäßen.

Für diese einige Stunden Trinkgelage bei der Wahl mußt du, liebes masurisches Volk, lange Jahre schwer büßen. Wenn du wüßtest, wieviele Tränen und Schweiß dir dieses Trinkgelage und diese Zigarren kosten werden, dann würdest du den ganzen Schnaps und das ganze Bier in eine Grube gießen und alle Konservativen hineinwerfen lassen, damit sie wenigstens einmal das Glück genießen, mit dem sie seit Jahren das masurische Volk verkommen machen.

Ich grüße euch alle herzlich

E. Z. Lewandowski.

Aus Nr. 44 des Mazur (Ortelsburg)
vom 2. Juni 1910:

Aus der Neidenburger und Ortelsburger Gegend.

Ich schicke der lieben Redaktion einige Adressen meiner Verwandten und Bekannten mit der Bitte, ihnen für den nächsten Monat den „Mazur" zu schicken. Während der Feiertage war ich zu Gast; wir haben über den „Mazur" gesprochen, und ich habe gehört, daß manch einer dieses Blatt gern kennen lernen möchte.

Möchte doch Gott unserem Blatt in der Aufklärung unserer armen Mitbrüder helfen.

(Hier gibt uns der Leser die Adressen von Masuren an.)

Ich grüße den lieben „Mazur" und wünsche ihm viel Glück. E. M.

(Wir veröffentlichen diesen kurzen Brief deshalb, weil der Leser E. M. die Art und Weise der Agitation für den „Mazur" angibt. Fährst du zu Gast, dann stecke den „Mazur" in die Tasche, fährst du zum Markt, dann nimm den „Mazur" ebenfalls mit. Lasset uns überall vom „Mazur" sprechen und muntern wir die Brüder zum Abonnieren unseres Blattes auf. Möge jedermann einen Stein zufügen, dann wird ein mächtiges Gebäude entstehen, an dem der Ansturm unserer Feinde zerschellen wird. Die Red.)

Aus Nr. 45 des Mazur (Ortelsburg)
vom 5. Juni 1910:

Masurenbriefe.

Appell vor dem Kaiser.
Aus der Schwentainer Gegend.

Liebe masurische Brüder! Es sind schon vier Jahre her, daß wir gewählt haben, und jetzt haben wir noch ein Jahr vor uns, dann kommt es zu einem neuen Kampfe. Liebe masurische Brüder, was wir durchlebt haben, wissen wir; wir wissen aber nicht, was uns noch bevorsteht. Aber Gott sei Dank haben wir einen guten Verstand, und daran lasset uns festhalten. Aber laßt uns Gott über alles fürchten, und ehren wir unseren Allerdurchlauchtigsten Kaiser. Möge ihn uns der Herrgott noch lange Jahre in segensreichem Leben erhalten.

In den letzten Nummern des „Mazur" ist mitgeteilt worden, daß der Kaiser während der Manöverzeit nach Königsberg kommen und mit den Veteranen einen Appell abhalten wird. Das ist eine frohe und erfreuliche Neuigkeit für uns alle. Was wird das wohl für ein Appell sein? Das werden wir wohl später aus unserem Blatt erfahren.

Diese Männer, welche ihr Blut für das Vaterland vergossen haben, sind würdig, daß sie sich mit ihrem höchsten Führer unterhalten. Ich denke, daß dieser oder jener der Veteranen seinem Allerdurchlauchtigsten Herrn etwas zu überreichen haben wird, und das wird entgegengenommen werden. (Das wird gewiß nicht erlaubt werden. Die Red.)

Dem „Przyjaciel" in Königsberg ist diese ganze Sache nicht angenehm, denn er hat darüber nichts geschrieben. Er schreibt nur über Rektoren und „Beamten" und prophezeit ihnen beizeiten „Zulagen".

Liebe Brüder! Es steht geschrieben: „Wer bis zum Ende aushält, der wird erlöset werden!"

Haben die armen Kerls im Kampfe für das Vaterland vor dem Feinde im Kugelregen ausgehalten, so wird auch vielleicht ihr Seufzen aufhören, und vielleicht kommt die Stunde, daß sie erhört werden. (Der Leser hat gewiß die Pension für Veteranen im Sinne, welche die Ärmsten schon so lange erwarten.)

Ich grüße alle Veteranen. Seid frohen Mutes und rufet alle mit mir: „Unser Allerdurchlauchtigster Kaiser und König Wilhelm II., er lebe hoch! Vivat!

Mit Gruß! J. Z. in W.

Aus Nr. 121 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 1. Juni 1910:

Über die Masuren.

Der Standpunkt des in Ortelsburg (Westpreußen) für das dortige polnische evangelische Volk erscheinenden

Mazur ist sehr schwierig. Das Blatt schreibt in echt polnischem Geiste, und deshalb zieht es den Haß aller derer auf sich, welche die polnische Sprache in Masuren möglichst bald verschwinden sehen und die Masuren vollständig germanisieren möchten.

Die Masuren sind ein polnisches Volk, aber vorwiegend unaufgeklärt und aus Mangel an nationalem Selbstbewußtsein politisch nicht durchgebildet. Bei ihm ist das evangelische Bekenntnis eine Art Nationalität. Bekanntlich setzt sich der größere Teil der amtlichen Figuren und der bedeutenderen Deutschen aus Evangelischen zusammen, und diese Leute werden von den Masuren als ihre Landsleute betrachtet, sich selbst aber halten sie für polnisch sprechende Preußen. Es fällt ihnen nämlich leichter, polnisch zu sprechen, als deutsch; es fehlt ihnen also an der polnischen Seele und an nationalem Selbstbewußtsein.

Wer von den Masuren hoch kommt, der wird intelligent, oder er beherrscht die deutsche Sprache gut, und diese Leute sprechen — mit wenigen Ausnahmen — nicht polnisch, sie schämen sich polnisch zu sprechen, weil sie das Polnische nur wenig beherrschen — sie hören es nur im verdorbenen Dialekte bei den einfachen Leuten, deshalb imponiert es ihnen nicht — sie sprechen daher ausschließlich deutsch und werden so zu fanatischen Deutschen — zu Feinden des polnischen Volkes.

Uns Polen, ihren Brüdern, gegenüber, welche dieselbe polnische Sprache sprechen, zeigen die Masuren, weil wir Katholiken sind, ein gewisses Mißtrauen, als ob wir sie ihres Glaubens dadurch berauben wollten, daß wir sie in nationaler Hinsicht aufklären und sie aus der deutschen Finsternis, in welche sie die germanisatorische preußische Politik hineingetrieben hat, herausreißen wollen. Dieses Mißtrauen zum Polentum erhält der in Masuren herausgegebene „Pruski Przyjaciel", für den unter den Masuren die Gendarmen und alle diejenigen agitieren, die im preußischen Solde stehen. Die obige Zeitung wirft dem „Masur" fortwährend vor, daß er durch die Verbreitung des Polentums in Masuren für den Katholizismus arbeite. Das ist ein völlig ungerechter Vorwurf, denn der Masur ist ein polnisch-evangelisches Blatt. Mit diesem Vorwurf operieren jedoch erfolgreich gegen den Masur die Feinde des Polentums. Unsere polnische Aufgabe soll es sein, die Bestrebungen des Masur, die Seelen der Masuren für unsere Nation zu erobern, zu unterstützen. Man darf ihm diese Arbeit nicht erschweren, und wäre es auch durch die Propaganda des Katholizismus.

Gewisse Personen, man weiß nicht, ob es Polen sind, denn das hat niemand festgestellt, überschütten die Masuren mit katholischen Büchern unter dem Titel „Der Katholik und der Protestant — oder die wichtigsten Unterschiede zwischen der Lehre der katholischen Kirche und der Lehre der Protestanten". Dieses Buch ist im Verlage der St. Adalbert-Buchhandlung in Posen erschienen. Sein Inhalt ist für die Katholiken bestimmt, um sie in ihrem Glauben durch die Bekanntmachung mit den Rosenkranzgebeten zu festigen.

Dieses Buch wird von Berlin aus verschickt. Wer das tut — ist vor der Hand nicht bekannt. Es ist möglich, daß diese Propaganda von deutsch-katholischer Seite ausgeht. Doch es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch von anderer Seite aus verbreitet wird, welche die Aufklärungsarbeit in Masuren in polnische Bahnen lenken möchte. Erschweren kann man sie gerade dadurch, daß man den Masuren vorhält, die Polen arbeiteten deshalb in Masuren, um ihnen den Glauben ihrer Väter zu rauben. In Wirklichkeit aber verhält es sich nicht so. Auch die Polen verstehen es sehr wohl, daß nationale Einigkeit herrschen kann auch trotz der Verschiedenheit der Bekenntnisse. Wenn schließlich die polnisch-nationale Aktion in Masuren die Merkmale der Propaganda des Katholizismus hätte, dann hätten schon längst die dortigen protestantischen Pastoren ihre Stimme gegen sie erhoben.

Uns scheint es, daß unsere „Busenfreunde", die da sehen, wie ihr bisheriger Kampf gegen die wachwerdende polnische Bewegung in Masuren erfolgt ist, nunmehr den obigen Weg einschlagen.

Es ist schwer anzunehmen, daß, wie wir bereits dargetan, die Polen-Katholiken diese Arbeit unternehmen sollten. Wenn bei ihr der leitende Gedanke die Ausbreitung des Katholizismus wäre, dann müßte man vom nationalen Standpunkte aus gegen diese Propaganda auftreten. Eine derartige Aktion, die von polnischer Seite ausgeht, müßte die Masuren, die ihrem Glauben seit 400 Jahren ergeben sind, von der national-polnischen Arbeit abschrecken. Sie würden in dieser Arbeit ein für ihr Bekenntnis feindliches Beginnen erblicken. Dieselben Befürchtungen würden entstehen, wenn die Aktion von deutsch-katholischer Seite ausginge. Hieraus müßte sich demnach eine weitere Befürchtung betreffs der Germanisierung der Masuren ergeben.

Wenn wir die polnische Bewegung in Masuren wecken wollen, dann müssen wir die traditionellen Eigentümlichkeiten der Masuren achten. Eine für sie heilige Eigentümlichkeit aber ist ihr Glauben. Einen Bärendienst erweist der Pole der Sache, der in Masuren diese Heiligkeit antastet. Er würde dadurch den Hakatisten die Arbeit erleichtern.

Aus diesem Grunde treten wir gegen die oben erwähnte Propaganda auf, von welcher Seite sie auch kommen mag. Um so schlimmer wäre es, wenn sie polnisch sein würde. Unsere Gesamtheit wäre auch der St. Adalbert-Buchhandlung aufrichtig verbunden — ihre Leiter sind mit der oben beschriebenen Propaganda des Katholizismus in Masuren ebenfalls nicht zufrieden —, wenn sie in Zukunft darauf achten würde, wer jene Bücher bestellt und wohin sie verlangt werden. Wenn dies von polnischer Seite ausgeht, dann muß ihr klar gemacht werden, daß sich eine solche Tätigkeit mit unseren nationalen Bestrebungen nicht verträgt und ihnen geradezu schädlich ist.

Man muß die Masuren hinsichtlich ihres Bekenntnisses, das sich auf ihre geschichtliche Entwickelung stützt, voll und ganz in Ruhe lassen. Dagegen sollten wir darum besorgt sein, daß sich die evangelischen Masuren als Polen fühlen und sich als solche vom Deutschtum nicht verschlingen lassen. Wer anders handelt, schadet absichtlich unserer polnischen Sache.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 127 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 7. Juni 1910:

Erhöhung der Zivilliste des Königs.

Die außerordentliche Bereitwilligkeit der Mehrheit des Landtags hinsichtlich der Bewilligung von mehreren Millionen Mark für den königlichen Hof wird in den Kreisen der an sich schon mit übermäßigen Steuern belasteten Bevölkerung sicherlich Unzufriedenheit hervorrufen. Für andere notwendigere Dinge gibt es kein Geld. Wenn es sich aber um eine im Grunde genommen so luxuriöse Sache handelt, wie um die Erhöhung des Glanzes des königlichen Hofes, dann wirft man mit dem Geld herum, als wenn man nicht wüßte, was mit dem Geld zu machen ist. Die bisherige Liste beträgt 15 Millionen 700 000 Mark. Wie wir sehen, kommt das „Ansehen" der Monarchie von „Gottes Gnaden" den „Untertanen" an sich schon allzu teuer zu stehen.

Aus Nr. 126 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 5. Juni 1910:

Versammlungsfreiheit in Oberschlesien.

Am nächsten Sonntag sollte in Alt-Chechlau eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Dem Einberufer der Versammlung Herrn Karuga übersandte Amtsvorsteher Waniek aus Schwierkau folgendes Verbot:

(Rückübersetzung)

Schwierkau, den 1. Juni 1910.

Die Genehmigung zur Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag, den 5. Juni, auf dem Felde der Witwe Barbara Mazur kann ich auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes nicht erteilen, weil die Veranstaltung der Versammlung mit einer Gefahr für die öffentliche Ruhe verbunden ist. Durch Ihre Agitation in der hiesigen Gegend, welche die Propagierung mit der Verfassung des preußischen Staats im Widerspruch stehender Bestrebungen bezweckt, ist die Bevölkerung so aufgewiegelt, daß ein Verbrechen der Ruhestörung zu befürchten ist.

Der Amtsvorsteher
gez. Waniek.

In Alt-Chechlau sollte eine Arbeiterversammlung zu Gunsten der polnischen Berufsvereinigung stattfinden. Nach Ansicht des Amtsvorstehers Waniek ist die Organisierung der Arbeiter ein mit der preußischen Verfassung in Widerspruch stehendes Bestreben, und der Herr Amtsvorsteher sieht schon voraus, daß es in der Versammlung zu Ruhestörungen kommen wird.

Der Herr Amtsvorsteher glaubt, er sei ein Bürokrat in einem absoluten Staate, die Gesetze bestehen für ihn nicht, er allein ist Herr. Herr Karuga sollte ihn verklagen, und das Gericht wird sogar den Amtsvorsteher aus Schwierkau belehren, daß die Macht eines Dorfpolizisten nicht über dem Gesetz steht.

In jedem Falle pflücken wir diese Polizeiblüte, die uns in Oberschlesien wachsen konnte, mit Vergnügen, denn je lächerlicher sich die Polizei macht, desto eher wird sie ihre Pflichten und die Staatsgesetze kennen lernen.

Aus Nr. 124 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 3. Juni 1910:

Eine ernste Gefahr

für die heilige Kirche und die polnische Nation ist das Bestreben mancher Geistlichen und Kirchenbehörden, die eine Verdeutschung des polnischen Volkes mittelst deutscher Andachten und Predigten beabsichtigten. Gegen alle Gerechtigkeit, gegen das Interesse der Kirche unterstützen sie das Deutschtum, während sie das Polentum aus unseren Kirchen verdrängen, aus den Kirchen, die unsere Väter gegründet und reich ausgestattet haben, sicherlich nicht dazu, daß sich in ihnen das Deutschtum verbreite, sondern ausschließlich zum Lobe Gottes.

Auf kirchlichem Gebiete geschehen bei uns unerhörte Dinge. Die Beweise der ungerechten Behandlung der polnisch-katholischen Bevölkerung sind zahlreich, offensichtlich und kraß. Fast jeder Tag bringt uns Tatsachen, die davon zeugen, daß manche Geistliche und kirchliche Würdenträger mehr auf die Gunst der Regierung achten, als auf das Wohl der ihnen anvertrauten Seelen. Da die Regierung das polnische Volk verdeutschen will, sind sie ihr mit allen Kräften dabei behilflich, uneingedenk dessen, daß der Erlöser alle Völker — sicherlich nicht ausschließlich in der deutschen Sprache, sondern in der Muttersprache jedes Volkes lehren ließ. Sie sind auch dessen nicht eingedenk, daß sie durch die Ungerechtigkeit, die sie begehen, unter dem so gläubigen polnischen Volke Erbitterung hervorrufen. Erbitterung ist aber ein schlechter Berater. Diejenigen, deren Pflicht es ist, das Interesse der hl. Kirche wahrzunehmen und zu behüten, mögen dessen eingedenk sein, daß es nicht gut ist, die Geduld auch nur des sanftmütigsten Volkes zu mißbrauchen. Das polnische Volk verträgt bis jetzt alle Experimente, die die Germanisatoren in Priesterkleidern an ihm machen. Aber man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Geduld ihre Grenzen hat. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die von der Kirche verdeutschten Polen leicht eine Beute des Protestantismus und jeglichen Sektierertums werden. Es liegt also im Interesse der Kirche, daß den preußischen Bestrebungen der germanisatorischen Geistlichen ein Damm gesetzt werde.

Aus Nr. 126 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 5. Juni 1910:

In Sachen Jakobs

bestreiten die Napieralski-Blätter Katolik und Gornoślonzak, daß Herr Napieralski mit Jakob zu tun gehabt habe. Wir haben nicht geschrieben, daß Jakob Mitarbeiter der Beuthener Napieralski-Blätter gewesen sei. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Herr Napieralski hat mit anderen Leuten zusammen in Krakau das Blatt Prawda (Wahrheit), welches er druckt; außerdem hat er dort eine Druckerei und Buchhandlung. Für die Prawda in Krakau nahm Herr Napieralski den Jakob als Mitarbeiter an, wir selbst haben die Briefe des Herrn Napieralski gelesen; dem Jakob wurde auch Gehalt gezahlt usw.

Wenn der verantwortliche Redakteur des Katolik, Herr Prus oder der Redakteur des Gornoślonzak, Herr Bednorz, wagen sollten, diese Tatsachen zu bestreiten, würden sie wissentlich lügen und nach dem Beispiel des Herrn Dombek Lügner werden. Wir schreiben dies auf den ausdrücklichen Wunsch dieser Blätter, damit uns ihre Redakteure verklagen können.

Der Goniec Wielkopolski schreibt in Sachen Jakobs solche Häresien, daß man sich nur wundern kann, wie die polnische Volksgesamtheit solche Dinge dulden kann. Wir lesen den Goniec nicht, aber man teilt uns mit, daß er Herrn Karl Rzepecki der Spionage beschuldigt hat. Jetzt denunziert er wieder Herrn Brzeskot bei den russischen Behörden, daß er, aus dem Königreich Polen ausgewiesen, jetzt wieder in Sosnowitz tätig sei. In Anbetracht dessen stellen wir fest, daß Herr Brzeskot aus dem Königreich für die Zeit des Standrechts ausgewiesen war, und jetzt reist er, in Kattowitz wohnend, nach Sosnowitz zu.

Herr Brzeskot täte am besten, wenn er Herrn Milski wegen des Vorwurfs der Spionage vor einem Ehrengericht verklagte. Wenn der Goniec Wielkopolski schreibt, daß Herr Korfanty den Jakob schon während des Begräbnisses des Statthalters Potocki in Krzeszowice der Spionage verdächtigt und ihn zum Verlassen Krzeszowices gezwungen habe, so ist dies nicht wahr. An dieser Behauptung ist kein Wörtchen wahr.

Übrigens haben hier in Schlesien sehr viele Leute, unter ihnen auch wir, trotz des langen Aufenthalts Jakobs keine Spuren seiner Spionage festgestellt.

Aus Nr. 126 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 5. Juni 1910:

Aus Myslowitz.

Einer der in nationaler Beziehung am meisten vernachlässigten Orte in Oberschlesien ist Myslowitz. Der hiesige Arbeiter ist zwar ziemlich aufgeklärt, es fehlt ihm aber an Führern. Wir haben hier, scheint es mir, drei polnische Kaufleute, diese haben aber nicht den Mut, den Kampf mit dem hiesigen Hakatismus aufzunehmen, an dessen Spitze der Bürgermeister steht.

Zu bemerken ist, daß der hiesige Ostmarkenverein einer der rührigsten ist. Außerdem besteht hier vielleicht noch ein halbes Schock anderer Vereine, größere und kleinere. Dagegen ist hier nicht ein einziger polnischer Verein vorhanden, in dem sich unser Volk bilden könnte.

Auch in religiöser Hinsicht sind wir sehr hintangesetzt. Wir stehen hier sogar an dritter Stelle, denn an erster Stelle steht die deutsche, an zweiter die lateinische Sprache, den Schluß erst bilden wir Polen. Vor einigen Wochen erhielten wir hier den neuen Pfarrer, Herrn Bresler, einen Zentrumsabgeordneten für den Landtag aus dem Wahlkreise Ratibor. Wir glaubten, daß sich die Verhältnisse ein wenig zu unserem Vorteil ändern werden. Die Fronleichnamsprozession, während welcher kein einziges polnisches Lied gesungen wurde, ist ein Beweis, daß wir uns sehr getäuscht haben. Ich richte daher an unsere Volksgesamtheit die Bitte, sie möchte dafür eintreten, daß sich hier mehr polnische Kaufleute niederlassen. Ein besseres Fortkommen hätten hier ein polnischer Rechtsanwalt und Arzt, um so mehr, als unsere Stadt dicht an der Grenze des Dombrowoer Kohlenreviers und Galiziens liegt. Vorläufig so viel, ich werde mich aber bald wieder vernehmbar machen.

Aus Nr. 65 der Nowiny Raciborskie (Ratibor) vom 4. Juni 1910:

Der Kurjer Slonski

schreibt, daß die Germanisation in der Ratiborer Gegend erschreckende Fortschritte mache, und daß diejenigen Faktoren, die sich dieser Sache annehmen sollten, nichts tun, um dem Übel abzuhelfen. — So wenig wir die eine Sache in Abrede stellen können, so ist aber der zweite Vorwurf unbillig. Die Germanisation macht durch die Kraft der Verhältnisse Fortschritte, die keine „Faktoren" verhindern können, wie auch die „Faktoren" in Kattowitz samt dem Kurjer Slonski und Polak nicht imstande sind, dem Fortschritt der Germanisation in der Kattowitzer Gegend Einhalt zu tun. Möchte doch der Kurjer Slonski ein Verbot, Elternabende und andere germanisierende Spiele abzuhalten, erlassen und einmal etwa 100 000 zum Bau eines polnischen Vereinshauses in Ratibor spenden, damit der polnische Verein ein eigenes Dach über seinem Haupte hätte, dann könnte man dem Übel abhelfen. Wir wollen dem Kurjer Slonski ins Ohr flüstern, er möchte lieber dafür sorgen, daß nicht vor seiner Nase Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung gewählt werden.

Aus Nr. 65 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 7. Juni 1910:

Aus der Krascheower Parochie.

Heut am Sonntag fand eine „oberbergamtskie" Andacht statt. Kein Hakatist ist erschienen mit Ausnahme eines einzigen, der bei dem Oberbergamt so eifrig für hakatistische Andachten eingetreten war. Wir wissen nicht, aus welchem Grunde sie zur Andacht nicht gekommen sind. Fürchteten sie irgend ein Gewitter — frühmorgens war doch das Wetter heiter — oder fürchteten sie vielleicht, daß sie an der Sonne zerschmelzen werden, oder wer weiß, ob sie nicht nach Szczedrzyk gegangen sind. Sie fordern solche Andachten von der Kirchenbehörde, und dann besuchen sie dieselben nicht. Wenn unser polnisches Völklein nicht wäre, würde die Kirche durch Leere glänzen und der Herr Pfarrer müßte zu den Wänden reden. Am ersten Sonntag im Juni feierte die katholische Kirche das Herz-Mariä-Fest, und unser polnisches Völklein wollte mit seinem Gesange zur Erhöhung der Andacht beitragen, es mußte aber schweigen; das ist für unser Volk sehr traurig.

Wir bitten unsere Mädchen, die die Schule schon verlassen haben, recht schön, sie möchten alle während der oberbergamtlichen Andacht schweigen.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 120 des Wiarus Polski (Bochum) vom 31. Mai 1910:

Nach Wiedergabe des nachstehenden Artikels aus Nr. 119 der **Ostdeutschen Presse** vom 25. Mai 1910 in **deutscher Sprache** und polnischer Übersetzung:

„Die gehätschelten Masuren. Aus Westdeutschland wird uns geschrieben: Die Masuren im Westen werden gewöhnlich den Polen gegenüber als friedlich, konservativ, königstreu, ja sogar deutsch-national gerühmt und geradezu gehätschelt. An Ort und Stelle weiß man aber von diesen Eigenschaften der hier eingewanderten Masuren nichts; sie sind nicht nur der sozialdemokratischen Agitation weit zugänglicher als die Polen, sondern sie schlagen auch einen wüsteren und schärferen Ton an als die deutschen Sozialdemokraten, die im Ruhrgebiet übrigens auch weder Glacéhandschuhe tragen, noch die Sprache der Salons gebrauchen! Jetzt soll eine masurische Delegiertenversammlung in Bulmke bei Gelsenkirchen, dem „Osten" zufolge, mit Entrüstung davon Kenntnis genommen haben, daß bei der Volkszählung in Westdeutschland die Masuren in einer Rubrik mit den Polen aufgeführt werden und um Änderung gebeten haben, weil die Masuren erstens durchweg königstreu sind, zweitens gern und freudig ihre Pflichten als Bürger des Deutschen Reiches erfüllen und drittens nicht wie die Polen politische Organisationen gründen. Zugleich gibt der Bericht dem Bedauern Ausdruck, daß das Organ der westdeutschen Masuren, die Altpreußische Zeitung, eingeht. Die oben gerühmten drei Eigenschaften der Masuren haben natürlich gar nichts zu tun mit der Frage, ob die Masuren zum polnischen Volkstum gehören. Das Letztere ist der Fall; es ist aber gleichwohl zu wünschen, daß die Masuren um ihrer besonderen Eigentümlichkeiten (Dialekt, Sitten, Bekenntnis) willen auch gesondert aufgeführt werden. Vor allem möchte man wissen, wer diese „Delegierten" entsandt hat und wie gerade der „Osten" zu dem Bericht über die Versammlung kommt, von der im Westen niemand etwas weiß. Ebenso wie hier auch niemand die Altpreußische Zeitung und ihre Väter kennt, zu denen sie sich nun versammelt hat. Anscheinend handelt es sich um kleine Konventikel, deren gute Gesinnung gerühmt wird in der Absicht, dadurch für die Masuren eine größere Freundlichkeit der Regierung herauszuschlagen. Solange dabei die Wahrheit nicht stark verletzt wird, kann man dazu schweigen, aber verhindert muß

doch werden, daß sich allmählich eine „fable convenue" herausbildet, die später kaum noch auszurotten sein würde."

schreibt der Wiarus Polski:

So weit die Korrespondenz der Ostdeutschen Presse. Es geht daraus hervor, daß dieses deutsche Blatt die Masuren ausdrücklich zur polnischen Nationalität rechnet.

Darum müssen auch die Masuren als Polen evangelischen Bekenntnisses die Polen katholischen Bekenntnisses als ihre Brüder betrachten, mit ihnen zusammen die polnische Sprache verteidigen sowie sich in Erwerbs- und politischen Angelegenheiten zusammenschließen, dann wird alles besser werden.

Wir bitten, diesen Artikel den Polen evangelischen Bekenntnisses oder den sogenannten Masuren vorzulesen oder zum Durchlesen zu geben.

* * *

Die Gazeta Toruńska (120 v. 29. 5. 10 — Thorn) schreibt in derselben Angelegenheit:

Aus dieser Korrespondenz geht erstens hervor, daß dieses deutsche Blatt die Masuren ausdrücklich zur polnischen Nationalität rechnet, und zweitens, daß es sie infolge dieser Zugehörigkeit als für den Staat gefährlich betrachtet und die Regierung vor ihnen warnt.

Wenn doch die Masuren aus dieser Tatsache praktische Schlüsse ziehen möchten.

* * *

Der Mazur (44 v. 2. 6. 10 — Ortelsburg) nennt diesen Artikel der Ostdeutschen Presse, den er später sowohl in deutscher wie in polnischer Sprache veröffentlichen will, einen den Masuren versetzten Fußtritt und sagt:

Höret, liebe masurische Brüder. Die Deutschen treten diejenigen polnischen Masuren mit Füßen, die sich um sie scharen, und sie sagen sogar, daß die Masuren schlimmer seien als die Polen. Lasset uns unserem Glauben sowie der Sprache unserer Väter treu bleiben, und küssen wir nicht den Stiefel, der uns tritt.

Aus Nr. 123 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 2. Juni 1910:

„Wie sie uns zum Fortschritt drängen"

überschreibt sich ein mit „Johann Kotowski" unterzeichneter Artikel, in dem es u. a. heißt:

Sie selbst drängen uns immerfort zum Fortschritt! Sie selbst zeigen uns immerfort Wege zur Vervollkommnung der nationalen Verteidigung. Jedes neue antipolnische Gesetz, jede Verordnung, die unsere Tätigkeit, sei es für die Einzelperson, oder für eine Mehrheit, erschwert, bewegt uns zum Ausdenken neuer Wege, zur Anstrengung des Scharfsinnes und zur Hervorbringung neuer, bisher unverbrauchter Kräfte!

* * *

Hat uns das neue Vereinsgesetz etwa Schaden zugefügt? War es imstande, die nationale Entwicklung in Gegenden, wo es nicht 60% Polen gibt, aufzuhalten oder gar zu ersticken? Was geschieht bei uns in der Fremde, der jenes Gesetz vielleicht in erster Linie schaden sollte?

Anstelle der Volksversammlungen haben wir jetzt Wahlvereine mit einem genau aufgestellten Arbeitsplan, wir haben Vereine, in denen nicht „Redner" aus dem ganzen Lande zusammenlaufen, sondern wo sich die Mitglieder allmählich, aber gründlich für die soziale Arbeit vorbereiten.

Es ist möglich, daß in manchem dieser Vereine ein vorübergehender Stillstand zu sehen ist, es ist möglich, daß dieser oder jener Landsmann, der an die früheren „geräuschvollen" Volksversammlungen gewöhnt war, sich vorläufig von der Arbeit zurückgezogen hat; er wird sich aber bald bessern, denn unsere Arbeiter und Handwerker sind wirklich ein gutes Material für die „Meister der Kultur", denn sie lernen leicht und gern.

Mögen sie uns lehren, mögen sie uns zum Fortschritt drängen — wir haben einen vorgezeichneten Weg. Dank des von ihnen gegebenen Anreizes werden wir fortschreiten, doch immer auf dem Wege der nationalen Entwicklung!

Aus Nr. 124 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 3. Juni 1910:

Nach Wiedergabe eines von fast allen polnischen Blättern gebrachten Aufrufs mit der Überschrift

„Mehr Aufklärung",

bemerkt der Dziennik Berlinski:

Indem wir den Zweck des Aufrufes kräftig unterstützen, bemerken wir, daß der Volksbibliothekenverein in Posen mit Hilfe unseres Vereins „Oswiata" eine ganze Reihe von Volksbibliotheken in Berlin einrichtet.

Aus Nr. 125 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 4. Juni 1910:

Zu der

Erhöhung der Krondotation

schreibt der Dziennik Berlinski:

Bisher ist es nicht bekannt, ob die polnische Fraktion in dieser Angelegenheit auch mit dem „Vertrauen" der Regierung ausgezeichnet werden wird. Es wäre besser, wenn wir ebenfalls übergangen würden, denn die Regierung kann doch wohl nicht annehmen, daß die polnische Fraktion im Landtage zu einer Erhöhung der Zivilliste des Königs beitragen könnte, der die Ansiedlungsnovelle und das Enteignungsgesetz unterschrieben hat. Hoffen wir, daß die Fraktion hinsichtlich ihrer Stellung in dieser Angelegenheit keinen Zweifel lassen wird.

Aus Nr. 126 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 5. Juni 1910:

Wir erfahren, daß morgen Sonntag in Posen die offizielle Gründung des sogenannten unparteiischen **„Nationalbundes"** erfolgen soll, der nach den letzten Posener Wahlen ins Leben gerufen worden ist, um den schnell schwindenden Einfluß des konversativversöhnlichen Lagers zu retten.

Unter den Begründern befinden sich viele solcher Personen, denen es scheint, als wenn sie nur die bei den letzten Wahlen gebrochene nationale Solidarität verteidigen, sie aber weder fühlen noch vorauszusehen imstande sind, daß diese Organisation zusammen mit der neben ihr gegründeten Pseudovolkspartei nur die Interessen des Bazarkasinos, des konservativen Adels und der in ihren Diensten stehenden weltlichen und geistlichen Intelligenz wahrnehmen wird.

Zum Vorsitzenden des „Nationalbundes" ist Herr Adam v. Zoltowski gewählt worden. Zur Unterstützung in der Presse hat sich dieser konservativen, unparteiisch genannten Organisation der frühere „Erzvolksparteiler", Abgeordneter Kulerski erboten, indem er sich bereit erklärt hat, seine Zeitungen in ihren Dienst zu stellen.

Tempora mutantur . . . Es ändern sich die Zeiten und die Menschen!

Aus Nr. 126 des Dziennik Berliński (Berlin) vom 5. Juni 1910:

Nach Krakau!

In der gestrigen Sitzung des Politischen Komitees ist festgestellt worden, daß sich zur Teilnahme an dem Ausflug nach Krakau zur Grunwaldfeier bisher 25 Personen gemeldet haben. Auf Vorschlag des Komiteevorsitzenden ist der Termin zur Anmeldung der Beteiligung am Ausflug bis zum 12. d. M. verlängert worden, weil das Festkomitee in Krakau den Termin der Wohnunganmeldung am 15. d. M. schließt.

Die Abreise nach Krakau erfolgt am 14. Juli 8 Uhr morgens.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 238 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 25. Mai 1910:

Russische Alarmgerüchte.

Kijew, den 23. Mai.

In der Zeitschrift „Kijewlanin" veröffentlicht ein gewisser Sawenko einen Artikel über die Kriegsvorbereitungen der polnischen revolutionären Parteien, in dem wir folgendes lesen:

„Die ganze Ermittelungsarbeit im Weichselgebiet und im westlichen Rußland wird für den österreichischen Generalstab durch Mitglieder der polnischen Revolutionspartei, unter der Leitung von „Bezirksvorstehern" geführt. Zur eifrigen Ermittelungsarbeit wurde jedes Parteimitglied verpflichtet und zwar auf Grund eines in der letzten, in Krakau abgehaltenen Revolutionsversammlung gefaßten Beschlusses. Als Handbuch bei Anstellung von Kriegsermittelungen innerhalb des russischen Staates wurde eine „Instruktion" ausgearbeitet und allen Parteimitgliedern zugestellt."

Die vorerwähnte Instruktion — bemerkt der Verfasser — wurde in Nr. 235 der vorjährigen Ausgabe des „Robotnik" (Arbeiter) abgedruckt und dort auch dem Gedanken näher getreten, wie notwendig es sei, die Kriegskunst und die Kriegswissenschaften unter den breitesten Bevölkerungsschichten zu verbreiten, wenn man den Sieg über die Feier erringen wolle. „Ich erwähnte bereits — lesen wir weiter in dem Artikel des Sawenko —, daß für den Ermittelungsdienst der polnischen Revolutionspartei das ganze Weichselgebiet und das westliche Rußland in kleine Bezirke, an deren Spitze besondere Vorsteher oder Instruktoren stehen, geteilt worden ist. Die Anregung zu einer derartigen Organisation geht von österreichischen Behörden aus, doch das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) und der „Fünferstab" erweiterten die Bedeutung dieser Organisation, indem sie die Sache so hinstellten, daß diese „Vorsteher" gleichzeitig auch die Bandenführer im Kriegsfalle sein sollten.

Dies alles zusammengenommen führte zur Gründung einer Kriegs- oder Instruktorenschule in Krakau.

Der Hauptleiter dieser Schule ist der hervorragende revolutionäre Agitator Sigismund Hering.

Die Hörer machen zwei Kurse durch; der erste ist ein theoretischer, im zweiten finden vorwiegend praktische Übungen statt.

Das Programm des ersten Kurses lautet:

1. Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Kriegsorganisation.
2. Kennenlernen des Browningrevolvers und des Mauserkarabiners (Auseinandernehmen, Reinigen).
3. Benutzung der geographischen und topographischen Karten, Kompasse, Uhren usw. bei der Ermittlungsarbeit.
4. Legen von Minen und deren Anzünden.
5. Bauen und Auseinandernehmen von Barrikaden.

Das Programm des zweiten Kurses:

1. Schießen mit der Browning-, Mauser- und Kartätschenbüchse.
2. Schanzen und Barrikadenbau, Lokomotivführung, Zerstörung von Eisenbahngleisen und Telegraphenleitungen.
3. Minenlegen und deren Explosion.
4. Anfertigung von Orts- und Gebäudeskizzen.
5. Signalkenntnis der russischen, deutschen und österreichischen Truppen, sowie die Signale der Kriegsorganisation (des aktiven Kampfverbandes).
6. Anfertigung von Explosivgeschossen.
7. Unterricht in Verschwörungssachen und im Briefwechsel.

Diese beiden Kurse sollen die Parteimitglieder in einem Zeitraum von zwei Monaten durchmachen, dieser Termin kann jedoch, je nach Umständen, verlängert oder abgekürzt werden. Am Aufenthalts- oder Wohnorte machen die „Verbandsmitglieder des aktiven Kampfes" die Hauptgegenstände unter der Leitung der Bezirksvorsteher durch, an die Krakauer Schule dagegen werden nur die fähigeren Mitglieder geschickt.

Die Schule besteht schon etwa zwei Jahre unter dem Schutze österreichischer Behörden, ja unter ihren Lehrern befindet sich sogar ein Offizier der Krakauer Garnison.

Die Schule ist mit allen nötigen Unterrichtsgegenständen versehen, sie besitzt eine Bibliothek, Zeichentische zur Anfertigung von Karten, Kartogramme, Bestandteile der Explosivgeschosse, Revolver und Waffen verschiedener Systeme.

Praktische Schießübungen, sowie die Errichtung von Barrikaden und Schanzen finden 50 Kilometer von Krakau entfernt, in der Nähe der Lanckoronskischen Schloßruinen, statt. Um praktisch die Lokomotivführung kennen zu lernen, fahren die Zöglinge dieser Schule auf Lokomotiven, die von zu der Partei gehörigen Maschinisten gelenkt werden.

Die Schule wird oft von Mitgliedern des Zentralkomitees und vom „Fünferstabe" revidiert.

Die zweite Schule des „aktiven Kampfverbandes" befindet sich in Lemberg, sie hat aber einen etwas anderen Typus, sie ist hauptsächlich eine Agitationsschule. Kriegsgegenstände werden dort nur in einem zum Ermittelungsdienste nötigen Umfange berücksichtigt.

Die Lemberger Schule ist offenbar zur Ausbildung nicht nur der Polen, sondern auch der Ruthenen organisiert worden.

Beide Schulen bereiten Instruktoren vor, die in Friedenszeiten Propaganda betreiben, Kriegskräfte organisieren und Ermittelungsarbeiten ausführen und in Kriegszeiten aufständische Banden leiten müssen.

Der ganze Plan des Zentralkomitees der Partei und des Fünferstabes stützt sich darauf,

daß die Polen, im Falle eines Krieges Rußlands mit Österreich, in Rußland einen Aufstand hervorrufen werden. Dies ist der Grund, weshalb sich die polnischen Schriftsteller nach einem Kriege zwischen Rußland und Österreich sehnen, sie wissen nämlich recht gut, daß auf den Trümmern Rußlands ein „Großpolen" erstehen wird, das die Hegemonie über das ganze Slawentum haben wird.

An der Spitze der Kriegsorganisation des „aktiven Kampfverbandes" steht — wie ich bereits erwähnte — der „Fünferstab." Sein Hauptsitz ist Krakau, ein Mitglied dieses Stabes ist ein gewisser A., ein ehemaliger Beamter des Verkehrsministeriums.

Der Verband des aktiven Kampfes selbst hat sich endgültig im vorigen Jahre konstituiert. Es ist dies eine rein kriegerische Organisation und sie hat sich deshalb von den anderen polnischen Organisationen, die die Verwirklichung dieser oder anderer Programme bezwecken, zurückgezogen. Der „Verband des aktiven Kampfes" ist ein Mittel, mit Hilfe dessen die Polen nach Erreichung des Hauptzweckes aller politischen Parteien, nämlich nach Wiederherstellung eines unabhängigen Polenreiches streben. Schon im ersten Paragraphen der Verbandssatzungen sind dessen Ziele und Aufgaben klar und deutlich festgelegt. Der Zweck des Verbandes ist, laut Satzung, die Führung der Vorbereitungsarbeiten, sowie die Vorbereitung der Organisatoren und Führer des künftigen bewaffneten Aufstandes in den russischen, ehemals polnischen Landesteilen. Dies ist auch der Grund, weshalb nach erfolgter Organisierung des „Verbandes des aktiven Kampfes" die Fahnenbilder von 1830 und 1863 sofort in Umlauf gesetzt wurden.

Am Schluß seines Artikels bemerkt Sawenko: „In der Weise bereiten sich die Polen, mit Österreich im Bunde, zu einem Marsche nach Moskau vor. Ob sie aber Moskau erreichen werden, das werden wir ja sehen."

Aus Nr. 239 der Nowa Reforma (Krakau) vom 30. Mai 1910:

Deutsche Sorgen.

Als vor einigen Monaten der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nach Rom gekommen war, um sich dem Herrscher des verbündeten Staates, dem Könige von Italien vorzustellen, fand er dort eine allgemeine Kabinettskrisis, eine Lage ohne Regierung, ohne den Minister des Äußeren, mit dem er hätte beraten können, vor. Der Zufall hatte es gefügt, daß der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis di San Giuliano, gelegentlich seines jetzigen Gegenbesuches bei dem deutschen Reichskanzler in Berlin einer ähnlichen besorgniserregenden Lage begegnete. Wenn nämlich die Stellung des Reichskanzlers und der Minister in Deutschland und in Preußen von dem Reichstage oder Landtage und nicht ausschließlich von dem Willen und der Entschließung des Kaisers abhinge, würde dort zur Zeit ebenfalls eine Kabinettskrisis, mindestens aber eine Kanzlerkrisis vorhanden sein. Der preußische „verfassungsmäßige Absolutismus" hat in diesem Falle einer derartigen Lage vorgebeugt, trotzdem aber empfängt v. Bethmann Hollweg seinen italienischen Gast wahrscheinlich mit keinem freudigen Antlitz.

Die Niederlage nämlich, die er bei der preußischen Wahlreform erlitten, muß ihn hinsichtlich seiner kanzlerischen Zukunft sehr pessimistisch stimmen, und wenn er dort mit dem Vertreter des Bruderstaates irgendwelche Abmachungen vereinbarte, so geschah dies sicherlich in der Befürchtung, daß nicht er deren Früchte einheimsen werde. Diese sorgenvolle Lage wird aber noch durch den Umstand verschärft, daß auch die Gesundheit seines „Herren und Gebieters" zu schwanken beginnt.

Die Niederlage und Unbeholfenheit des Reichskanzlers, sowie das neue Leiden des Kaisers, das sind die beiden großen Sorgen, die der italienische Gast in Regierungs- und politischen Kreisen Berlins angetroffen hat. Was den Reichskanzler anbelangt, so sind dessen Unbeholfenheit und politische Machtlosigkeit in den letzten Tagen voll und ganz zum Ausdruck gekommen. Es stellte sich ja heraus, daß er sogar im preußischen Landtage, in diesem Hause der Junker und Landräte, auch nicht eine größere Partei hat, auf die er sich stützen könnte, die seinen Willen und seine Absichten berücksichtigte. Sogar die Altkonservativen haben ihm den Gehorsam verweigert und in auffallender Weise seine Erklärungen und Beteuerungen nicht beachtet. Gleich die erste, von ihm als Reichskanzler vorgenommene wichtigere Handlung, bei der er sein ganzes amtliches und persönliches Ansehen auf das Spiel setzte, begegnete einem geradezu elenden Fiasko. Die preußischen Junker vergegenwärtigen ihm offen, daß sie ihn, trotz seiner extrem-konservativen Grundsätze, nicht als ihren Führer betrachten, sondern als ihren Harlekin der sich so drehen muß, wie sie ihn aufziehen.

Es ist dies sicherlich eine seltene Erscheinung, daß mit der Schlappe der Regierung alle parlamentarischen Parteien in gleichem Maße zufrieden waren. Diese Tatsache aber spielt sich eben in Berlin ab. Das Nichtzustandekommen der reichskanzlerischen Wahlreformvorlage begrüßten dort alle mit einem ungeheuchelten Gefühle der Erleichterung. Die Konservativen aus dem dem Grunde, weil sie überhaupt eine derartige Reform nicht wünschten, sie mit der gegenwärtigen Wahlordnung zufrieden sind, das Zentrum und die Fortschrittspartei, weniger die Sozialdemokraten, deshalb, weil ihnen eine derartige Reform, wie sie ihnen der Reichskanzler geben wollte, mit als Recht eine Parodie auf die Verbesserung des Wahlrechts, vielmehr ein Akt der Reaktion, als der Entwickelung und des Fortschritts zu sein schien. Zum nicht geringen Verdruß des Reichskanzlers brachten denn auch fast alle Blätter ihre ungeteilte Freude über diese Niederlage offen zum Ausdruck.

Aus Nr. 247 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 31. Mai 1910:

Ein unabhängiger polnischer Staat in Brasilien.

(Vergl. Nr. 12 und 13 des Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur vom 5. April 1910, Seite 376/77. Anm. d. Red.)

Unter dieser Überschrift brachten die in Europa erscheinenden polnischen Blätter eine Nachricht von der Gründung eines unabhängigen polnischen Staates in Brasilien infolge innerer Konflikte. Wir haben unseren Lesern die Nachricht aus dem Grunde nicht mitgeteilt, weil über dieses, jedenfalls wichtige, einen gewissen politischen Charakter nicht entbehrende Ereignis die in Brasilien erscheinenden polnischen Blätter auch nicht eine Silbe geschrieben haben. Erst als die polnischen Blätter aus Europa nach Brasilien gelangt waren, konnten die brasilianischen Blätter, nachdem sie aus ihnen von dem falschen Gerücht erfahren, dieses in Abred stellen. So schreibt die Zeitschrift Polak w Brazylj

(Der Pole in Brasilien) unter dem 6. Mai, die erst heute in Lemberg zur Ausgabe gelangte, folgendes:

„Der polnische Staat in Brasilien? Unter obiger Überschrift läuft in der polnischen Presse im Königreich und in Galizien eine Nachricht um, die sogar bei den angesehensten Vertretern unserer Presse offenbar Glauben findet. Wir möchten wohl wissen, wer und zu welchem Zwecke eine derartige Ente losließ und woher die europäischen Blätter diese Nachricht erhielten. Die Herren von der polnischen Presse wissen garnicht, welchen Bärendienst sie der polnischen Gesellschaft in Brasilien erweisen.

Wir müssen uns nur wundern, daß unsere Presse, der doch die polnischen Blätter Brasiliens zur Verfügung stehen, die von einer so wichtigen Tatsache hätten wissen müssen, sich irgendeiner verdächtigen Quelle bedient hat.

Für unsere Kollegen jenseits des Ozeans bemerken wir, daß der Versuch der Unabhängigkeitserklärung des strittigen Landes zwischen Parana und Sta. Catharina, vorläufig wenigstens, mißglückt ist; daß das Land etwa 80 000 Quadratkilometer Umfang, mit ungefähr 100 000 Einwohnern, darunter höchstens 11 000 bis 12 000 Polen und Ruthenen hat; daß wir hier in Porto Uniao keinen „Eigentümer mehrerer Gerbereien Stamborski" haben, den gewisse diensteifrige Freunde in Polen zum Präsidenten ernannt haben; daß mit den ortsangesessenen Indianern keine Vereinbarungen eingegangen werden können, weil die Botukuden den Deutschen ebenso feindlich gesinnt sind wie den Brasilianern; daß das angebliche Telegramm eines gewissen Häuptlings eine schwere Übertreibung ist, nämlich, daß die Genossenschaft Bielecki-Wyszynski Columbien oder Venezuela, wie sie dies in ihren Broschüren bekanntmachte, keineswegs aber das strittige Territorium besiedelt haben sollte, das übrigens, abgesehen von dem zwischen Timbo und Canoinhas liegenden Lande und der Landstrecke in der Gegend von Rio de Peiche, rechtmäßige Eigentümer und geregelte Besitztitel in viel höherem Maße, als das übrige Parana besitzt, denn der Grund und Boden ist hier vorwiegend Steppenland, was die Ausnutzung und Vermessung erleichterte, Viehzüchter und Ansiedler heranzog; daß die Paranaer Polizei auf ihre eigenen, sich allzu heftig über die Untätigkeit und Nachlässigkeit ihrer Vertreter in Rio entrüstenden Bürger geschossen hat; schließlich daß derartige, aus dem Finger gesogene oder nicht genügend bestätigte Nachrichten lediglich den Deutschen zugute kommen, uns jedenfalls nur schaden können, indem sie uns in ein falsches Licht stellen, Handlungen und Appetite zumuten, die uns nur in den Augen der bereits auf die Entwickelung unseres Elements neidischen Einheimischen bloßstellen."

Aus Nr. 245 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 30. Mai 1910:

Die begrabene Wahlreform.

Preußen wird — wenigstens vorläufig — die vom Könige Wilhelm vor drei Jahren versprochene Wahlreform nicht erhalten. Die von der Regierung Bethmann Hollwegs eingebrachte, durch und durch reaktionäre und niemanden befriedigende Vorlage wurde nach langen Beratungen in dem Abgeordneten- und Herrenhause zurückgezogen, als sich die vollständige Unmöglichkeit zur Bildung einer der Regierung gefügigen Mehrheit herausgestellt hatte. Das preußische Abgeordnetenhaus gestaltete die Regierungsvorlage etwas liberaler, ohne indes deren reaktionären Charakter irgendwie zu verwischen. Das Herrenhaus verschärfte wiederum deren reaktionären Charakter und rief dadurch Proteste im Abgeordnetenhause hervor. Es schien, daß die Vorlage nochmals dem Herrenhause zugehen werde und daß sich die Beratungen ins Unendliche verlängern würden. Schließlich handelte es sich bei der Angelegenheit nicht um ein größeres oder kleineres Maß von Reaktion, sondern darum, wie sich die Verhältnisse im preußischen Landtage und im weiteren Verlauf im deutschen Reichstage gestalten würden, ob sich dort eine Mehrheit bilden werde, auf die sich v. Bethmann Hollweg stützen könnte und möchte.

In beiden gesetzgeberischen Körpern sind Bedingungen vorhanden, die der Bildung einer katholisch-konservativen Mehrheit günstig sind, einer Mehrheit, die im preußischen Landtage stark, im Deutschen Reichstage schwach und unsicher wäre. Der preußische Minister-Präsident und deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg will aber eine derartige Mehrheit nicht haben. Er wünscht durchaus eine Zusammenstellung, in der zu dem Regierungslager die national-liberale Partei gehören möchte, sie ist zwar zerworfen und wenig zahlreich, aber sie vertritt den Großhandel und die Großindustrie, in Angelegenheiten der auswärtigen Politik aber sowie in denen der inneren, namentlich der antipolnischen Politik bringt sie die Ansichten und Bestrebungen der preußischen amtlichen Kreise am besten zum Ausdruck. Alle Bemühungen v. Bethmann Hollwegs waren denn auch nach der Richtung hin gerichtet, dieser Partei die Möglichkeit zu verschaffen, sich mit den konservativen Gruppen zu einer Landtagsmehrheit zu vereinigen. Er berücksichtigte jedoch den Umstand nicht, daß ohne das katholische Zentrum eine auf konservativem Boden stehende Mehrheit heute weder im Land- noch im Reichstage bestehen kann, die Gegensätze aber zwischen der national-liberalen Partei und dem katholischen Zentrum so gewaltig sind, daß von einem Zusammenwirken dieser beiden Gruppen keine Rede sein kann. Auf eine phantastische Unterlage seinen Plan stützend, mußte Herr v. Bethmann Hollweg eine Niederlage erleiden.

Die in der Wahlreformvorlage seitens des Herrenhauses vorgenommenen, für die Nationalliberalen günstigen Änderungen stießen im Abgeordnetenhause auf den Widerspruch des Zentrums. Angesichts der vollständigen Unmöglichkeit einer Bestätigung dieser Änderungen zogen die Nationalliberalen mit Rücksicht auf ihre Wähler es vor, die Rolle der Verteidiger des Liberalismus zu spielen, als durch die Unterstützung der Regierungsvorschläge nichts zu gewinnen und sich dem Vorwurf der Reaktion auszusetzen, und sie bereiteten dem Minister-Präsidenten eine unangenehme Überraschung, indem sie sich für das allgemeine, gleiche Wahlrecht erklärten. Unter diesen Umständen, angesichts der völligen Aussichtslosigkeit auf ein Zustandekommen einer Mehrheit blieb Herrn v. Bethmann Hollweg nichts anderes übrig, als die Segel einzuziehen und sich zu ergeben, was er auch getan hat.

Die Folge einer derartigen Niederlage würde in wirklich parlamentarischen Verhältnissen den Fall des leitenden Ministers bedeuten. In Preußen aber ist der Parlamentarismus nur eine Form und der unglückliche Kabinettsleiter wird, trotz der Niederlage, auf seinem Posten verbleiben und kann ganz sicher darauf rechnen, daß er in anderen Sachen im Abgeordnetenhause stets eine ihm gefügige Mehrheit finden wird.

Auf dem Posten eines preußischen Minister-Präsidenten wurde Herr v. Bethmann Hollweg keineswegs erschüttert. Aber die Folgen der Niederlage des preußischen Minister-Präsidenten werden auf den Reichskanzler fallen. Im Reichstage wird sich Herr

v. Bethmann Hollweg in einer sehr schwierigen Lage befinden. Er zerschlug in der preußischen Wahlreformangelegenheit die unsichere konservative Zentrumsmehrheit und schuf keine neue Mehrheit. Im Gegenteil, er verstärkte die Opposition, indem er gegen seinen Willen die Nationalliberalen in die Arme der freisinnigen Parteien hineintrieb.

Die seit dem Sturze des Fürsten v. Bülow schon ungeheuere Verwirrung im Reichstage wird noch größer werden und in dem Wirrwarr zügelloser Parteileidenschaften wird der fünfte Reichskanzler früher oder später dem kaiserlichen „sic volo, sic jubeo" begegnen und von der Bildfläche verschwinden.

Aus Nr. 120 der Silesia (Teschen) vom 29. Mai 1910:

Der Schulverein Macierz szkolna.

Nirgends vielleicht entwickeln die Polen eine derart fieberhafte Tätigkeit, wie in Schlesien. Hier ist es vor allem anderen die „Macierz szkolna", die den Boden für eine Verschmelzung dieses Kronlandes mit dem künftigen polnischen Reiche herstellen soll, vorbereitet. Im vergangenen Jahre gründete sie ein Realgymnasium in Orlau. Außerdem gründete sie Privatschulen in Klein-Kuntschitz, Ober-Toschonowitz, eine Knabenbürgerschule in Teschen. Ihren Bemühungen gelang es, die Schulen in Hruschau, Radwanitz und Hermanitz ins Leben zu rufen. Die Volksschule (polnische) in Oderberg subventionierte sie mit 1500 K. Der Riesenagitation ihrer Mitglieder, insbesondere der sozialistischen, gelang es, in diesen Schulen eine ziemlich große Schüleranzahl zu vereinigen. So besuchten die Schule in Dittmansdorf 194 Schüler, in Poln.-Ostrau 317 Kinder, Oderberg-Bahnhof 200, Teschen, Volksschule, 493, Bürgerschule 38, Ober-Toschonowitz 60, Klein-Kuntschitz 77 Kinder. Eine stattliche Anzahl! Insgesamt besuchten im Jahre 1909 die Schulen der „Macierz" 1667, die Kindergärten 384 Kinder. Bis Ende 1909 bestanden 34 Ortsgruppen der „Macierz" in Schlesien. Die Kassagebarung weist an Einnahmen 17 420 K. 68 H., an Ausgaben 14 351 K. 36 H. aus; die Einnahmen der Gesamtinstitution betrugen 125 114 K., die Ausgaben 183 987 K. (um 80 837 K. mehr als im Vorjahre). Der Fehlbetrag beträgt demnach 58 874 K. Das Präliminar der „Macierz" für das kommende Jahr beträgt 370 000 Kronen, die Mitgliederzahl 31 620. — Neben der ausgebreiteten Tätigkeit der „Macierz" muß vor allem die Zuversicht, mit der der Verein immer mehr Geld ausgibt, ohne es anscheinend zu besitzen, mit Staunen erfüllen. Woher kommt das viele Geld? — Bei der am 22. d. M. in Teschen tagenden Vollversammlung der „Macierz" waren 177 Delegierte, die von 30 Ortsgruppen entsendet worden waren und 200 Stimmen repräsentierten, anwesend. 9 Ortsgruppen hatten die Versammlung nicht beschickt. Die Versammlung eröffnete H. Filasiewicz (Teschen). Zwei Gedanken sind es, die aus seiner Ansprache hervorzuheben wären. Mit Rücksicht darauf, daß in das laufende Jahr zwei wichtige historische Jahrestage fallen, die 500jährige Wiederkehr des Grunwaldsieges und der 1100jährige Gründungstag Teschens — man sieht, die Leute müssen wer weiß wie weit zurückgreifen, um sich Begeisterung zu holen — müssen die drei alten Piastenbrüder, meinte der Redner, die bisher feindliche Brüder gewesen waren, Einkehr halten und sich wiederum vereinigen. Die Polen, Tschechen und Russen sollen ein Volk bilden. Fürwahr, ein kühner Gedanke! Hernach wünschte er den Verhandlungen einen „gottgefälligen Verlauf" (siehe Slowo Polskie, 24. d. M.) und schlug H. A. Osuchowski aus Warschau zum Vorsitzenden vor. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß dieser Vorschlag mit unendlichem Beifall aufgenommen wurde. Die Anwesenheit Dr. Osuchowskis bei fast jeder Versammlung der „Macierz" ist charakteristisch. Sie zeigt nämlich, wo sich noch bis heute die Herde der großpolnischen Propaganda befinden und woher die Fäden, die in Österreich sogar die Staatsmaschine zu umgarnen verstanden (Polenklub), gesponnen werden. Osuchowski ist ein bekannter Gönner der „Macierz" und hat bereits Tausende und Abertausende für sie gespendet. Nun ist es aber öffentliches Geheimnis, daß Osuchowski nur ein Strohmann ist und die Gelder von wo anders fließen. Dr. Osuchowski überbrachte die Grüße seiner Landsleute, dankte dem Pater Londzin für seine mühevolle Arbeit um die „Macierz" und hob besonders dessen Verdienste um die Entwickelung dieser Institution hervor. Dann teilte er mit, daß er — diesmal leider (!) nur 20 000 K. — in Russisch-Polen gesammelt habe usw. Nach ihm sprach H. Natanson aus Krakau und H. Domagalski. Von den beschlossenen Anträgen verdienen hervorgehoben zu werden insbesondere: die Gründung einer Mädchenbürgerschule in Teschen, einer öffentlichen polnischen Volksschule in Peterswald und eines polnischen Kindergartens in Poremba. In ganz Schlesien sollen gewerbliche Fortbildungsschulen und in Czechowitz eine Bürgerschule errichtet, ferner Haushaltungskurse, Näherinnenkurse in allen Gegenden Schlesiens, vor allem aber in Teschen und Orlau ins Leben gerufen werden. Zum Schlusse überraschte H. Osuchowski die Versammlung dadurch, daß er eine Anzahl Posener Kreditbank-Aktien im Werte von 8000 Kronen für Schülerstipendien dedizierte. Wir sehen, daß die Mittel unserer Gegner große sind; groß ist aber auch ihre Hingabe und vorzüglich ihre Organisation.

Aus Nr. 3/4 der Ukrainischen Rundschau (Wien):

Dr. Zweybrück und sein Polenartikel.

Von Dr. Wladimir Kuschnir.

Wenn es die politische Ehrlichkeit erlaubt, bei einem politischen Aufsatz eine Seite des behandelten Gegenstandes hervorzuheben und zu beschönigen, die andere dagegen zu verschweigen oder herabzuwürdigen, so hat es Dr. Zweybrück mit seinem Artikel in den Preußischen Jahrbüchern ehrlich gemeint. Wenn es kritisch sein hieße, in einer historischen Abhandlung, was der Artikel des Herrn Zweybrück ist, aus unrichtigen Prämissen Schlüsse richtig zu ziehen, dann darf dem Verfasser auch von diesem Standpunkt nicht der geringste Vorwurf widerfahren. Es muß zugestanden werden, daß Dr. Zweybrück mit seinem Artikel „Zur österreichischen Polenpolitik"*) einen kolossalen Erfolg erzielt hat. Hat er doch in einem preußischen Organ der preußischen Polenpolitik durch bloße Analogieführung mit der österreichischen eine „Wahrheit" ins Gesicht geschleudert, daß die, könnte es scheinen, in ihrem Polenhaß schier versteinerten Hamburger Nachrichten, Berliner Neueste Nachrichten und wie die „Hakatisten"-Blätter alle heißen, erröteten und nur ihrer sündigen Gewohnheit zuliebe sich über die verführerischen Auslassungen eines mit gelehrtem Material operierenden Publizisten hinwegsetzten und gleichsam als moralisches Selbstbetäubungsmittel die unaufschiebbare Anwendung des Enteignungsgesetzes verlangen . . .

*) Preußische Jahrbücher, 1910, Aprilheft.

Den Erfolg des polenfreundlichen Publizisten würden wir am allerwenigsten beneiden, da wir ja, auch ohne den historischen und politischen Apparat zu Rate zu ziehen, den Polen ein freies nationales Leben im preußischen Staate wünschen. Sind wir Ruthenen uns ja doch dessen mehr als die preußischen Polen bewußt, wie sehr die politische und nationale Knechtung schmerzt. Aber die Equilibristik des geehrten Verfassers, die er in scheinbar harmlosester Form mit seinem historischen Apparat unternimmt, tangiert zu sehr die Sphäre unserer nationalen Interessen; durch seine eingangs angedeutete Methode zieht er uns Ruthenen zu sehr in den Bereich des zu behandelnden Gegenstandes, als daß wir ihm sein Verschweigen der Ruthenen durch Verschweigen seiner Persönlichkeit und seines Produktes entgelten könnten.

Der Zweck des Artikels Dr. Zweybrücks ist, der preußischen Regierung vorzuhalten, daß ihre Polenpolitik unklug sei und durch die Heranziehung der österreichischen Polenpolitik als Beispiel eine der Änderung des preußischen Systems günstige Stimmung vorzubereiten. Dabei verfährt der Verfasser sehr klug, indem er zuerst einen sympathischen Untergrund für seine Ausführungen dadurch schafft, daß er die panslawistische Idee möglichst von dem Polentum fernzuhalten sucht, was jedenfalls in der Form bereits eine Unrichtigkeit enthält*), außerdem die bekannte, übrigens von den Polen stark angefochtene Rede des konservativen Grafen Wodzicki**) über die Tannenbergfeier als Beweis dafür anführt, daß die Polen geneigt seien, dieser Feier alle dem Deutschtum feindliche Spitze zu nehmen . . .

Der Verfasser geht von der Beobachtung aus, daß während in Rußland und Deutschland die Polen in Opposition sind, sie in Österreich seit etwa fünfzig Jahren in den Delegationen jene Gruppe darstellen, welche in allem und jedem mit der Regierung Hand in Hand gehe. Freilich mache in dem Verhältnisse eine gewisse Quantität des Gemeinsamen der bei den anderen Staaten nicht zutreffende Katholizismus aus. „Trotzdem muß die Tatsache einer österreichischen Staatsgesinnung, wie sie die Vertretung Galiziens jederzeit bekundet, auf den Nichtösterreicher den Eindruck einer ganz besonderen Gestaltung des Verhältnisses, in dem sich das Königreich zum Staatsganzen befindet, machen." Niemals hätten sich die österreichischen Polen in politische Abenteuer eingelassen, niemals hätten sie sich mit ihren Forderungen „außerhalb der österreichischen Staatsidee" gestellt. Ja, was — der Meinung des Verfassers nach — noch wichtiger ist, niemals hätten sie sich bei den nichtösterreichischen Polen dadurch in Bezug auf ihre nationale Gesinnung verdächtig gemacht . . . . So scheint der Verfasser durch diese gar zu leichte Operation den Zweck verfolgt zu haben, den preußischen Polen einen Geleitbrief für einen preußischen Patriotismus auszufertigen, bloß deswegen, weil sie die Architekten des polnischen Piemonts in Galizien, des Keimes zum Wiederaufbau eines polnischen Königreiches, also die besten Patrioten sogar im allpolnischen Sinne nicht für nationale Verräter halten. Nur so weiter fort, Herr Dr. Zweybrück!

Als besonders auffallend und empfehlend bezeichnet es der Verfasser, daß die Polen in Österreich nie Opposition gemacht hätten und zitiert das offizielle politische Credo der galizischen Polen vom Jahre 1866, durch welches sie sich das Herz der Dynastie so ungeteilt gewonnen haben: „Wir erklären aus der Tiefe unseres Herzens, daß wir zu Euer Majestät stehen und stehen wollen." Gewiß wurde das Wohlwollen der Dynastie und des Reiches unserer Interpretation des Gesagten nach nicht gleich geteilt unter die beiden Völker des Landes Galizien, die Polen und die Ruthenen. Aber gerade die Auslieferung des ruthenischen Volkes war jenes Zaubermittel, welches Dr. Zweybrück zur Begründung der allfälligen polnischen Loyalität in Österreich nicht hätte außer Acht lassen dürfen, wenn sein Artikel nicht unter dem Verdacht einer krassen Tendenziosität ausgesetzt werden soll. Ob hier eine Analogie zu Rußland und zu Deutschland zu finden ist, das bleibt ein Geheimnis des Herrn Verfassers. Pardon! Eine Analogie wünschten die Polen selbst allsogleich herzustellen in demjenigen von den beiden anderen Staaten, wo sie ein „historisches" Anrecht auf Beherrschung der anderen Volksstämme, der Ukrainer, Weißrussen und Litauer zu haben vermeinen. Was ihnen aber selbstverständlich die russische Regierung nicht gewährt. Würde Rußland eine Ursache haben, sich gegen die Polen so schwach zu zeigen, wie Österreich es tut, würde Rußland zumindest das letzte Stück des ukrainischen Landes, das Cholmgebiet nicht von dem letzteren lostrennen, würde es ferner den Polen die in der ersten Duma verlangte „Bewegungsfreiheit" in Litauen und der Ukraine gewähren, dann gäbe es keine loyaleren russischen Staatsbürger als eben die Polen. Dann würde auch der russische Nikolaus mit einem „Wir stehen zu Euer Majestät usw." beglückt werden. Präludien dazu haben wir in allen drei russischen Parlamenten bis zum Überdruß erlebt.

Daß alles dies, daß nicht einmal der von den Allpolen in Rußland in alle Welt geblasene — nur wahrscheinlich von Herrn Zweybrück überhörte — Anschluß der Polen an den Neuslawismus nicht verfing, das bestätigt keineswegs die Annahmen des bezogenen Artikels. Schon ganz falsch ist aber die Annahme betreffend das Verhältnis der preußischen Polen zu Preußen. Oder aber mutet er den Preußen zu, daß sie den Polen die unbeschränkte Macht in den ehemaligen polnischen Provinzen in Preußen überlassen, daß Preußen die Deutschen in Preußisch-Polen den Polen ebenso ausliefert, wie die österreichische Regierung die Ruthenen und Deutschen in Galizien ihnen ausgeliefert hatte? Sonst, und das ist doch nichts weniger als wahrscheinlich, ist die Analogie unrichtig, unbegründet und ebenso die Ratschläge zumindest unaufrichtig. Wir Ruthenen möchten es unsererseits sehr gern erleben, daß Preußisch-Polen zum Anziehungspunkt der Polen wird, vielleicht hört dann Galizien auf, ein polnisches Piemont zu sein.

Aber noch einer merkwürdigen Ideenverbindung begegnen wir in den Ausführungen Dr. Zweybrücks. Da ist erstens der Fehler, daß er die Interessen des Landes Galizien und der Polen durchweg identifiziert, die Konzessionen der österreichischen Regierung an die Polen als solche an das Land darstellt, der Ruthenen nur ganz nebenher und zwar als einer „Belastung der Polenpolitik" erwähnt, als ob diese qualitativ und quantitativ so gut wie nicht in Betracht kämen, von einer Darstellung des Sachverhaltes, daß sämtliche Konzessionen an die Polen auf Kosten der Ruthenen geschehen und somit für die Polen einen doppelten Wert haben, schon gar nicht zu reden. Noch merkwürdiger

*) Vergleiche hier den Artikel „Die Polen und der Neoslawismus" und meine Broschüre „Der Neopanslawismus" (C. W. Stern, Wien).

**) Vergleiche Kurjer Lwowski Nr. 214, welcher die antigrunwalder Erklärung Wodzickis als einen Dankesakt desselben für die ihm à conto seiner Ansprüche auf das Reisener Majorat von der preußischen Regierung überlassenen drei Millionen Mark darstellt, ferner die scharfe Abfertigung des Obmanns des polnischen Sokoltums Dr. Fiszer, sowie die Stellungnahme sämtlicher für die polnische Politik ausschlaggebenden Organe.

ist die Tatsache, daß der Verfasser sein ideales Verhältnis der Polen zum Reiche selbst auf Grund einer Anzahl von Beweisen konstruiert, die vom staatlichen Standpunkte das gerade Gegenteil beweisen sollten. Da ist die klare Erkenntnis des Verfassers, die er auf Grund historischer Daten aus dem parlamentarischen Zeitalter bekräftigt, daß einerseits die Polen nur um den Preis der ihnen Stück für Stück zugestandenen Dezentralisation ihre Loyalität dem Staate bezeugen, andererseits aber die Regierung zur Hilfe der Polen erst in der höchsten politischen Not gegriffen habe. Damals (1868) stellten die Polen, die günstige Situation ausnützend, Forderungen auf, die in der bekannten „Resolution" zusammengefaßt wurden, die der Behauptung des Verfassers selbst zufolge, die staatliche Unabhängigkeit im Gefolge gehabt hätte. Nur der Landtag sollte den Modus der Parlamentswahlen bestimmen, die Delegation des Landtages sollte nur in gemeinsamen Angelegenheiten an den Sitzungen des Reichsrates teilnehmen usw. Infolge des Widerstrebens der Deutschen kam dies damals freilich nicht so zu Stande, dafür aber erhielten die Polen im Wege von kaiserlichen Verordnungen solche Zugeständnisse, die eine andere Sonderstellung des Landes in gewisser Beziehung bequemerer Natur herbeiführten. Für den Staat ist diese Sonderstellung freilich weniger bequem, weil während sich das „Land" in seine internen Angelegenheiten nichts dreinreden läßt, die polnische Vertretung im Reichsrate sich die Entscheidung in allen Staatsangelegenheiten unter dem Gesichtswinkel der polnischen Interessen anmaßt, ja sogar es verstanden hat, die Regierung selbst in ein Abhängigkeitsverhältnis von dem Willen des Polenklubs zu bringen. Ein des Staates, welcher Anspruch auf eine Stellung als Großmacht hat, durchaus unwürdiges Verhältnis. Sic volo, sic iubeo. Das ist das Verhältnis, in welches sich der Polenklub zu der österreichischen Regierung zu stellen gewußt hatte. Gautsch, der es gewagt hatte, die Polen daran zu erinnern, daß sie für ihre Loyalität immer auch entsprechend honoriert worden seien, mußte fliegen. Und dasselbe Schicksal ist bisher noch einem jeden österreichischen Regierungschef widerfahren, der es etwa versucht hatte, sich über den selbstherrlichen Willen des Polenklubs hinwegzusetzen.

Nun denn! Zwingende Gründe für Preußen, sich in ein ähnliches Verhältnis zu begeben, gibt es nicht. Wenn sich aber Herr Dr. Zweybrück die Aufgabe gesetzt hat, für Linderung des Schicksals der Polen in Preußen Stimmung zu machen, so wäre es vielleicht nützlicher, Rücksichten der Humanität und der Menschenliebe geltend zu machen. Diese sind wenigstens unerschütterlich, jene der Politik werden leicht zerstört, desto leichter, je weniger sie auf Wahrheit beruhen.

Aus Nr. 3/4 der Ukrainischen Rundschau (Wien)

Ein interessantes Geständnis.

In der Polemik gegen die Ukrainer in der Cholmfrage haben die politischen Politiker und Publizisten, indem sie gegen die Abtrennung des Cholmlandes kämpften, immer darauf hingewiesen, daß ja den Cholmer Ukrainern im zukünftigen autonomen Polen alle nationalen Rechte gewährleistet würden und daß es deshalb für die Ukrainer keinen Wert hätte, sich von Kongreßpolen zu trennen.

In der Krytyka, dem Organ der polnischen Fortschrittler, finden wir nun eine Äußerung, welche geeignet ist, auf die Prinzipien, nach denen sich die Herren Polen in ihren Beziehungen zu den Nationalminderheiten richten, ein grelles Licht zu werfen. Diese Notiz (Krytyka, Maiheft 1910. Übersicht der Presse. Über die jüdische Frage) enthält eine Betrachtung über die Stellung eines anderen polnischen Blattes in der jüdischen Frage. Zum Schluß äußert die Redaktion ihre eigene Auffassung und zwar nicht in der jüdischen Frage speziell, sondern in der Frage der nationalen Minderheiten überhaupt. Und diese Auffassung gipfelt in den Gedanken: „Wir sind der Meinung, daß im polnischen Lande prinzipiell die Amtssprache ausschließlich nur die polnische Sprache sein darf." Und weiter: „Man kann den Minoritäten die Gründung eigener Schulen nicht untersagen (!), aber es sollen nur solche private Schulen entstehen, denen kein Öffentlichkeitsrecht zukommt." Weiter: „Die Sprache der öffentlichen Schulen, der Behörden, der Gerichte, der gesetzgebenden Körperschaften usw. darf nur die landesübliche Sprache sein." Schließlich: „Für Minoritäten, die im allgemeinen zehn bis zwanzig, tatsächlich bisweilen aber nur einige Prozent ausmachen, darf die Zweisprachigkeit nicht eingeführt werden."

So ist wörtlich zu lesen in einem Organ der polnischen äußersten Fortschrittler. Auf welche Weise die Allpolen dieses Programm modifizieren würden und was für Aussichten dasselbe den Ukrainern eröffnet, läßt sich denken.

Man könnte die Beharrlichkeit fast bewundern, mit welcher die Polen, die in Rußland und Preußen fast aller Rechte bar sind, auch dort bemüht sind, ihrerseits den anderen ihre Rechte zu nehmen.

Es ist direkt unbegreiflich, warum sich die Polen über die russische Regierung beklagen, die doch in der Nationalitätenfrage nur ihre Politik durchsetzt! Auch die russischen Chauvinisten sagen ja, daß „im russischen Lande die Amtssprache nur russisch sein darf". Nur mit dem Unterschied, daß die russischen Chauvinisten das polnische Land als einen Teil Rußlands erklären und die polnischen das Cholmland für einen Teil Polens. Wozu klagen sie, daß die russische Regierung keine öffentliche polnische Schule dulden will? Dem zitierten Programm nach würden ja die Polen auch keine öffentliche anderssprachige (nichtpolnische) Schule im polnischen Lande, wo auch Nichtpolen wohnen, zu gründen erlauben.

So sieht die „nationale Gleichberechtigung" selbst bei den polnischen Fortschrittlern aus! D. D.

Aus Nr. 122 der Silesia (Teschen) vom 1. Juni 1910:

Lemberg.

Die Grunwaldfeier und die Schuljugend.

Soweit die polnische Zunge reicht, rüstet man sich zur Feier des Grunwaldtages. Es werden Umzüge geplant, Denkmalsenthüllungen, Festbücher und Dankgottesdienste in Aussicht genommen. Unter den in letzter Zeit aufgetauchten Vorschlägen, wie man am besten den Grunwaldsieg feiern könnte, verdienen insbesondere zwei hervorgehoben zu werden. Vor nicht langer Zeit hat ein Kongreß der akademischen Jugend in Krakau beschlossen, im Programm der Grunwaldfeier den Festgottesdienst auszulassen. Der zweite Vorschlag betrifft die Ermöglichung der Anteilnahme der Schuljugend an der Feierlichkeit. Es sollen Schul-Grunwaldfeiern stattfinden, in denen Festgottesdienste und Festvorträge den wichtigsten Teil der Feier bilden sollen. Von größerer Wichtigkeit ist aber die Idee einer allgemeinen Pilgerfahrt der gesamten polnischen Schuljugend nach Krakau.

Überall organisieren die Lehrer, wie sie es zur Zeit der Lemberger Ausstellung taten, Schülerausflüge nach Krakau. Dort soll die Jugend, durch persönlichen Kontakt mit den Denkmälern der Vergangenheit, das Vaterland (nicht das österreichische, denn der Pole kennt nur eines und das ist das erträumte Polen) lieben lernen. Man muß es den Polen lassen: sie verstehen es, sich einen Nachwuchs zu erziehen und Feste zu veranstalten. Jedes nationale Ereignis, sei es auch von geringerer Bedeutung, wie z. B. die Grunwaldfeier, wird durch Festlichkeiten gefeiert. Diese Festlichkeiten werden immer mit einem großen Aufwande an Pomp begangen. Nie fehlt hierbei ein festlicher Umzug, in dessen vordersten Reihen die Schuljugend, vom ABC-Schützen bis zum Oktavaner marschiert. Denkmäler werden da enthüllt, feurige Reden gehalten, in denen das Hauptmoment die Verherrlichung der Vergangenheit, die Verdammung der Gegenwart, ein Seufzer der Zukunft entgegen und ein Appell an die Jugend bilden. Bei dem Umstande, daß äußere Pracht das jugendliche Gemüt stets beeinflußt, ist es nicht zu verwundern, wenn derartige Anlässe lange im Gedächtnis auch des herangewachsenen Menschen haften bleiben und seine Handlungsweise und Gesinnung beeinflussen. Und dann: wie schmeichelt es doch der jugendlichen Eitelkeit, wenn sie sich unter den erwachsenen Festteilnehmern und dazu noch an der Spitze sieht, wenn sie Brandreden hört, in denen wieder und immer wieder sie in den Vordergrund gerückt wird. Auf diese Weise geht eine langsame Verfälschung des historischen Sinnes derselben vor sich. Das immerwährende Anhören unklarer Schwärmereien, die meistenteils tendenziös entstellt und last not least gegen die Deutschen gekehrt sind, erzeugt in den jugendlichen Gehirnen die fixe Idee eines gemarterten Volkes, dessen Glied man ist und die Vorstellung, daß man sich an den Marterern rächen müsse. Daher der Janitscharenfanatismus der Polen. Fanatiker zu züchten, verstehen die Polen. Ob es sich nicht einmal rächen wird?

Aus Nr. 108
des Dziennik Związkowy-Zgoda (Chicago)
vom 9. Mai 1910:

Der Nationalschatz.

Der neu erschienene Bericht der Aufsichtsratkommission des Nationalschatzes für das Jahr 1909 beginnt mit näheren Erörterungen über die Kommissionsverhandlungen. An diesen nahmen sechs Kommissionsmitglieder und außerdem als Repräsentanten des national-polnischen Bundes, die Herren Z. Milkowski und Dr. Kasimir Zurawski teil. Die Delegierten bestätigten, daß der Nationalschatz an einem sicheren Orte aufbewahrt worden ist und daß dessen Summe am 28. Juli 1909 283 539,70 Franks betrug.

Nachdem die Kommission die von dem Delegierten des national-polnischen Bundes Dr. Zurawski vorgetragenen Wünsche angehört hatte, beschloß sie folgendes: Unter Berücksichtigung der seitens des Delegierten des national-polnischen Bundes in Amerika gestellten Anträge, erklärt sich die Kommission des Aufsichtsrats damit einverstanden, daß die für den Nationalschatz in den Vereinigten Staaten gesammelten Beiträge dort nur unter der Bedingung untergebracht werden können, daß die Zinsen des aufgebrachten Kapitals stets der Kommission des Aufsichtsrats zu überweisen sind. Der Veröffentlichung eines polnisch-amerikanischen Blattes gemäß, daß unter den Polen die Absicht besteht, in den Vereinigten Staaten gleichfalls einen polnischen Nationalschatz ins Leben zu rufen, erklärt die Kommission, sich mit einem solchen Vorhaben unter keinen Umständen einverstanden erklären zu können. Die Kommission beschließt jedoch, ein Mitglied der polnisch-amerikanischen Gesellschaft in den Aufsichtsrat des Nationalschatzes aufzunehmen und wird sich später wegen der Wahl einer geeigneten Persönlichkeit mit dem national-polnischen Bunde in Amerika ins Einvernehmen setzen.

Gleichfalls wurde beschlossen, die in die Abgabenkomitees gewählten Personen zu veranlassen, mit der Einziehung von Beiträgen in den Vereinigten Staaten sobald wie möglich zu beginnen. Nach vorheriger umfangreicher Diskussion wurden die im Jahre 1908 angewachsenen Zinsen des Kapitals dem Nationalschatz zugeschrieben. Der Gedanke, einen Teil dieser Zinsen dem Grundfonds zu überweisen, ist vorläufig aufgehoben worden.

Dies wären einige Bemerkungen aus dem Bericht des Aufsichtsrats, die das amerikanische Polentum unmittelbar interessieren, da dasselbe in der Geschichte des Nationalschatzes, seiner Gründung und seiner weiteren Entwickelung, eine hervorragende Rolle gespielt hat. Wir wollen an dieser Stelle den Bericht über die finanzielle Lage des Nationalschatzes nicht nochmals wiederholen, da wir denselben bereits vor einigen Tagen veröffentlicht haben. Außerdem hat der Delegierte des national-polnischen Bundes Dr. K. Zurawski unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Europa auf dem Landtag in Milwaukee ebenfalls über den Stand der Finanzen des Nationlschatzes Bericht erstattet. Es geht uns hauptsächlich nur darum, die in dem vorstehenden Artikel aufgeführten Punkte, welche dem, vor einigen Tagen erschienenen Bericht über den Nationalschatz entnommen sind, hier näher zu beleuchten. Tatsächlich bestand seiner Zeit zwar nicht die Absicht, jedoch der Gedanke, die in den Vereinigten Staaten gesammelten Beiträge nicht nur in Amerika unterzubringen, sondern diese sogar als den Anfang der Gründung eines polnischen Nationalschatzes in den Vereinigten Staaten zu betrachten. Dies geschah unmittelbar nach den bekannten Zerwürfnissen in dem Vorstande des Nationalschatzes und nach der wegen seiner bedrohten Existenz vorgenommenen Überführung desselben an einen besseren und sicheren Ort. Die deutsche Diplomatie kam dem Orte der Aufbewahrung des Nationalschatzes auf die Spur und unternahm Schritte, um diesen durch diejenigen Mächte, in deren Grenzen und mit deren Hilfe sich der Nationalschatz entwickelte, zu konfiszieren.

Auf nähere Einzelheiten in dieser Angelegenheit gehen wir hier nicht weiter ein und wollen es auch dahingestellt bleiben lassen, ob die in Umlauf gesetzten Nachrichten berechtigt waren oder nicht. Wir bringen es aber zur Kenntnis, daß durch diese Nachrichten die polnisch-amerikanische Volksgesamtheit tatsächlich sehr schmerzlich berührt worden ist. Sorge und Angst bemächtigte sich der Polen um das niedergelegte Kapital und brachten diese auf den Gedanken, in Amerika einen besonderen Nationalschatz zu gründen. Hier wäre die Existenz desselben nicht gefährdet. Unter dem Schutze der mächtigsten Organisation, des national-polnischen Bundes, würde der Nationalschatz bald zu einer finanziellen Kraft werden. Die Zinsen des Kapitals würden nicht, wie das seiner Zeit der Fall war, zu Unterstützung der Kämpfe im eigenen polnischen Lager und zu Parteistreitigkeiten verwendet werden, sondern sie sollen zu Kultur und Bildungszwecken für die heranwachsende polnische Generation in Nord-, eventuell auch in Südamerika dienen.

Dies war der Gedanke und seine Gründe. Es war jedoch nicht beabsichtigt, diesen in die Tat umzusetzen. Man hat daher von einer Prüfung dieser Angelegenheit durch die Öffentlichkeit Abstand genommen. Der

national-polnische Bund erblickt auch insofern die gefährlichen Seiten dieses aufgetauchten Gedankens, als eine Verwirklichung desselben den ersten Schritt zum völligen Bruch mit den Polen in Europa bildet und dadurch die Entwickelung des Nationalschatzes sehr benachteiligt werden kann. Mit Rücksicht darauf hat der national-polnische Bund in Amerika seinen Delegierten, den Dr. K. Zurawski beauftragt, an der Sitzung der Kommission des Aufsichtsrates des Nationalschatzes teilzunehmen. Der Delegierte hat dort seine Wünsche vorgetragen, überzeugte sich von der jetzigen sicheren Unterbringung des Nationalschatzes und erlangte einen Beschluß der Kommission, wonach die unter den amerikanischen Polen für den Nationalschatz gesammelten Beiträge in den Vereinigten Staaten untergebracht werden können. Mit diesem Bericht erschien der Delegierte vor dem Landtag des national-polnischen Bundes in Milwaukee, Wiß. Der Landtag hat den Bericht angenommen und sprach dem Delegierten, sowie dem Aufsichtsrat des Nationalschatzes Vertrauen und Anerkennung aus. Dadurch wurde die Angelegenheit, welche seit einiger Zeit der polnisch-amerikanischen Volksgesamtheit viel Sorge bereitete, auf eine durchaus günstige Art und Weise erledigt.

Trotzdem ist jedoch auf Grund dieses Berichts festgestellt worden, daß die Opferwilligkeit der Polen für den Nationalschatz sehr zurückgegangen ist. Diese bedauerliche Tatsache ist nicht nur unter den Polen in Europa, sondern auch unter den in Amerika zu verzeichnen, wo die Opferwilligkeit für den Nationalschatz gleichfalls sehr nachgelassen hat. Zum Glück ist jedoch an diesem Ereignis weder Gleichgültigkeit, noch ein mangelndes Interesse an der Idee des Nationalschatzes seitens der Volksgesamtheit schuld, sondern allein nur das Grunwaldjahr, welches die Gedanken und Opferwilligkeit der Polen vorübergehend auf ein anderes Gebiet der öffentlichen Tätigkeit lenkte. Die Polen, hauptsächlich in Galizien und zum Teil auch in Preußen, haben ihre großen Festlichkeiten und ihren Grunwaldfonds, der bereits Millionen beträgt. Auch die amerikanischen Polen haben ihre glanzvollen Tage, die ihnen bereits viel Arbeit und zahlreiche Mittel gekostet haben, wie: die Enthüllung der Denkmäler zweier polnischer Helden in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten in Nordamerika, den großen national-polnischen Kongreß in Washington und außerdem ihr Grunwaldjahr, Festlichkeiten, an denen sämtliche amerikanischen Polen teilnehmen werden. Außerdem beabsichtigen wir, durch unsere Teilnahme an dem Sokoltag, sowie an den Grunwaldfeierlichkeiten in Krakau die Bande der Einigkeit mit unserem Mutterlande in Europa fester als bisher zu verknüpfen. Alles dies erforderte von uns Mühe, Arbeit und erhebliche Mittel, und dadurch erlitt der Nationalschatz zeitweise einen kleinen Schaden. Trotzdem ist das kein Beweis dafür, daß uns die Idee des Nationalschatzes jetzt gleichgültig ist und daß sie für uns den Wert ihrer politischen Tragweite verloren hat. Wir halten die Existenz des Nationalschatzes wie bereits früher, so auch jetzt, für unbedingt notwendig und werden dementsprechend unsere Pflichten auch weiterhin erfüllen. Doch sind es zurzeit große und bedeutungsvolle Augenblicke, die unsere Opferwilligkeit für den Nationalschatz beeinträchtigen. Sobald aber die Tage der Freude und des Triumphs vorüber sind und unsere frühere Arbeit wieder von neuem begonnen hat, wird der polnische Nationalschatz in den Rubriken unserer Opferwilligkeit wiederum seinen alten, ehrenvollen Platz einnehmen.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.